

Die „Streichzeit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Streichzeit“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung ins Haus für den Monat Juni 42.— Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen entgegen. Unter Streichband Bezüge für Teutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 76.— Mk., für das übrige Ausland 94.— Mk.

Die begehrteste Nonpareil-Seite über deren Raum kostet 18.— Mk., einschließlich Interzessentur. Als Einzeln: Das festgedruckte Wort 2,80 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Interzessentur. Laufende Einzeln: laut Tarif. Sammler-Kassinen und Stellen-Geluche 12.— Mk., netto pro Seite. Stellen-Geluche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Fernsprecher Zentrum 152 90—152 99

STREICHZEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rathenaus Mörder Ehrhardt-Offiziere!

Alle drei Mörder ermittelt, einer verhaftet — Mitwisser und Helfershelfer festgenommen — Ehrhardt's Organisation Consul der Nordherd — Briefe von Ludendorff, Helfferich, Jagow und Westarp gefunden

Schneller als ursprünglich anzunehmen war, hat der Mord an Rathenau seine Aufklärung gefunden. Die Mörder sind ermittelt, einer von ihnen ist verhaftet und hat bereits gestanden. Ein ganzes Verschwörernest ist aufgedeckt und zum Teil schon festgenommen worden. Die Täter sind Mitglieder der Organisation Consul und frühere Offiziere der Brigade Ehrhardt! Deutschnationale Führer wie Ludendorff, Helfferich, Jagow und Westarp haben in Briefwechsel mit den Verschwörern gestanden. Diese Feststellungen bestätigen die Vermutungen, die über den Nordherd und die Mörder von vornherein aufstauten. Die Ablenkungsmanöver der deutschnationalen Presse sind damit zugleich entlarvt. Die Ueberfälle der vorliegenden Tatsachenmeldungen zwingt uns zu äußerster Kürze. Aber für unsere Leser bedürfen die Tatsachen überhaupt keines Kommentars mehr. Sie fordern mit uns sofortige energische Regierungsmaßnahmen zur rücksichtslosen Bekämpfung der monarchistischen Reaktion. Diese sind aber bisher ausgeblieben. Die Verordnung Eberts ist absolut unzulänglich, das zu schaffende Gesetz zum Schutz der Republik ist anscheinend von der gestrigen Konferenz der einzelstaatlichen Ministerpräsidenten mit der Reichsregierung sabotiert worden. Eine neue Verordnung Eberts gegen die monarchistische Geheimbundschaue soll schlenkige Abhilfe schaffen. Das kann nicht genügen. Das Proletariat fordert mehr. Es wird am kommenden Dienstag erneut in Aktion treten, um seinen unbegrenzten Willen zu bekunden, diesmal Ernst zu machen mit der Verschmierung der monarchistischen Reaktion und die Republik endgültig zu sichern.

Die Namen der Mörder

Amlich wird in später Abendstunde gemeldet: Nachdem die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums bereits am Dienstag den bei Ermordung des Ministers Rathenau benutzten Kraftwagen ermittelt und im Polizeipräsidium sicher gestellt hatte, ist es jetzt gelungen, die Mordtat in vollem Umfange aufzuklären und die Namen der Täter festzustellen. Es sind:

1. Tschow, Ernst Werner, 21 Jahre alt, in Berlin geboren und zuletzt hier wohnhaft;
2. Fischer, Hermann, auch Vogel genannt, Spitzname Pöcher, früherer Aufenthalt Pötha i. Sachsen, auch Chemnitz; nicht älter als 25 Jahre;
3. Anauer, auch Körner und Kern genannt, gleichfalls nicht älter als 25 Jahre.

Alle drei Genannten gehören der Organisation C und früher der Brigade Ehrhardt an. Anauer gehörte beim Rapp-Putsch zur sogenannten Stabswache der Reichskanzlei. Alle drei haben sich aus Berlin entfernt, sie hatten jedoch nach den Ermittlungen zuletzt keine erheblichen Mittel und auch keine Pässe. Tschow ist am Sonntagabend mit dem D-Zug 8.55 Uhr nach Halle abgefahren. Die beiden anderen haben vermutlich am Dienstag Berlin verlassen und sich nach Norden begeben. Eine Anzahl weiterer Personen, die der Mittäterschaft überführt sind, sind von der Polizei verhaftet worden.

Urheber und Mittäter

Berlin, 29. Juni.

(Amliche Meldung.) Die der Teilnahme an der Ermordung des Ministers Rathenau überführten Personen, die von der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums ermittelt und festgenommen wurden, sind:

1. Kaufmann Richard Schütt,
2. Kaufmann Franz Diestel in Berlin, die Besitzer der Autogarage, in welcher der zur Mordtat benutzte Kraftwagen untergebracht war,
3. Der Gymnasiast Gerd Tschow in Berlin,

4. Student Willy Günther in Berlin,
 5. Gymnasiast Heinz Stubenrauch in Berlin.
- Der zu 3. Genannte ist der Bruder des inzwischen ergriffenen Mittäters Ernst Werner Tschow. Gerd Tschow, Günther und Stubenrauch waren die Mitwisser bzw. Urheber des Nordplanes; Schütt und Diestel waren Mitwisser bzw. Begünstiger des Mordes. Die Festnahme weiterer Teilnehmer an der Mordtat steht noch zu erwarten.

Todesstrafe für Mörderclubs

Zweite Verordnung zum Schutze der Republik.
(Vom 29. Juni 1922.)

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

Artikel I.

Personen, die an einer Vereinigung teilnehmen, von der sie wissen, daß es zu ihren Zielen gehört, Mitglieder einer im Amte befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes durch den Tod zu beseitigen, werden mit dem Tode oder lebenslangem Zuchthaus bestraft. Ebenso werden bestraft Personen, die eine solche Vereinigung wesentlich mit Geld unterstützen.

Dritte Personen, die um das Dasein einer solchen Vereinigung wissen, werden mit Zuchthaus bestraft, wenn sie es unterlassen, von dem Bestehen der Vereinigung, den ihnen bekannten Mitgliedern oder deren Verbleib den Behörden oder der durch das Verbrechen bedrohten Person unverzüglich Kenntnis zu geben.

Zuständig ist der auf Grund der Verordnung vom 26. Juni 1922 (Reichsgesetzblatt I Seite 21) gebildete Staatsgerichtshof.

Artikel II.

Die Verordnung zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 (Reichsgesetzblatt I Seite 521) wird dahin ergänzt und geändert:

1. § 5 Nr. 1 erhält zum Schluß folgenden Zusatz: „oder wer die toten Opfer solcher Gewalttaten verleumdete oder öffentlich beschimpfte“.
2. § 5 Nr. 5 erhält am Schluß folgenden Zusatz: „oder wer eine solche Verbindung mit Geld unterstützt“.
3. § 7 Abs. 1 Nr. 2 erhält die Fassung: „für die in § 5 bezeichneten Vergehen“.

Artikel III.

Wird durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift die Strafbarkeit einer zur Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik gehörenden Handlung begründet, so kann die periodische Druckschrift, wenn es sich um eine Tageszeitung handelt, bis auf die Dauer von vier Wochen, in anderen Fällen bis auf die Dauer von sechs Monaten verboten werden. §§ 2, 3 und 10 der Verordnung vom 26. Juni 1922 finden entsprechende Anwendung.

Artikel IV.

Diese Verordnung tritt mit der Verordnung in Kraft.

Berlin, den 29. Juni 1922.

Der Reichspräsident: Ebert.

Der Reichskanzler: Dr. Wirth.

Der Reichsminister des Innern: Dr. Köster.

Der Reichsminister der Justiz: Dr. Radbruch.

Tschow verhaftet!

Amlich. Einer der Mörder des Außenministers Rathenau, der 21 Jahre alte Ernst Tschow, ist heute vormittag in der Nähe von Frankfurt a. d. Oder verhaftet worden. Er ist derjenige, der das Auto gesteuert hat. Die Meldung, daß auch die anderen beiden Mörder bereits ergriffen seien, bestätigt sich nicht.

Ernst Werner Tschow ist von der Berliner politischen Polizei auf dem Rittergut Wiesen bei Jakobsdorf in der Gegend von Frankfurt a. O. ermittelt und auf ihre Veranlassung dort festgenommen worden. Beamte der politischen Polizei sind sofort hinausgefahren, um ihn unter strenger Bedeckung nach Berlin zu bringen. Die drei Mörder haben zusammen in einem kleinen Pensionat gewohnt und sind nach dem Verbrechen auseinandergegangen. Einen von ihnen als das zu dem Anschlag benutzte Automobil nach der Garage zurückgebracht und ist dann auch aus Berlin verschwand. Tschow ist ein Sohn des im Jahre 1918 verstorbenen Majorsrats Tschow, Vorsitzendem des Berliner Kaufmannsgerichts, der sich aber niemals im Politik getummelt hat, sondern stets allem Parteigetriebe fernstand und von keiner Partei etwas wissen wollte.

Berlin, den 29. Juni

Tschow wurde heute morgen durch Beamte der Berliner Politischen Polizei auf dem Rittergut Wiesen bei Jakobsdorf in der Nähe von Frankfurt a. d. Oder, wohin er sich nach Verübung der Tat geflüchtet hatte, verhaftet. Er versuchte Gegenwehr zu leisten doch mußte er bald die Ausschichtslosigkeit eines jeden Abwehrversuches einsehen und ließ sich festnehmen. Bei dem ersten Verhör, das die Beamten mit ihm anstellten, bestritt er, der Täter zu sein, und überhaupt mit dem Mord an Rathenau irgendwie in Verbindung zu stehen. Tschow wird im Laufe des heutigen Nachmittags nach Berlin gebracht werden. Wie jetzt festgestellt wurde, haben die drei Mörder die letzten Vorbereitungen und Verabredungen in einem Pensionat in der nördlichen Friedrichstraße getroffen, wo sie gemeinsam ein einzelnes Zimmer bewohnten. Nach der Tat kamen sie wieder nach dem Pensionat und haben von dort aus ihre Flucht angetreten.

Tschow auf Veranlassung seines Onkels verhaftet

Das „Achtuhr-Abendblatt“ meldet: Kommerzienrat Behrens, der Chef der bekannten Firma Mehlitz & Behrens, ein bekannter Großindustrieller und Onkel des verhafteten Tschow, bittet und mitzuteilen, daß er dem Verbrechen an Rathenau nicht nur völlig fernstehe, sondern die Tat seines Neffen, der zu ihm auf sein Gut Wiesen geflüchtet sei, verdamme. Er habe darum seinen Neffen festgehalten, als dieser ihm ein Geständnis ablegte. Kommerzienrat Behrens hat selbst die Berliner Polizeibehörde von der Anwesenheit seines Neffen in Wiesen verständigt. So konnte heute vormittag die Verhaftung erfolgen. Neben den Mördern Dr. Rathenau, den früheren Offizieren Tschow, Vogel und Rauer, waren es vor allem die ebenfalls verhafteten Mittäter Günther, Stubenrauch und der jüngste Bruder des Mörders Tschow, die verschiedene Pläne zur Ermordung Rathenaus ausarbeiteten. Erst in ganz letzter Zeit, als es ihnen gelungen war, einen außerhalb Berlins wohnenden Autobesitzer dazu zu veranlassen, ihnen das Auto zur Verfügung zu stellen, wurde der Entschluß gefaßt, Rathenau während einer Autofahrt zu erschließen und in dem von ihnen geliehenen Auto die Flucht zu ergreifen. Ob die Garagenbesitzer Diestel und Schütt, wo das Auto nach der Fahrt untergebracht wurde, über die ausführende Tat informiert waren, ist noch nicht ganz genau festgestellt, da Diestel und Schütt dies in Abrede stellen. Nachgewiesen ist ihnen jedoch, daß sie nach der Tat darüber unterrichtet waren, wer die Täter gewesen sind und wie sie die Ermordung ausgeführt haben. Sie können es nicht ablegen, gewisse Bekleidungsstücke, Automaten usw. verbrannt zu haben. Günther, der junge Tschow und Stubenrauch gehören der Organisation C an. Stubenrauch und der junge Tschow

Sind noch ganz junge Leute, 16jährige Gymnasiasten, ein Verbleib dafür, wie weit die sittliche Verrohung durch die unendliche Pege gehen ist. In keinem Zusammenhang mit dem Mordtat stehen einige Chauffeurs, die ebenfalls verhaftet worden sind. Neben den genannten fünf Personen sind noch einige weitere Verhaftungen vorgenommen worden. Alle Verhafteten werden zurzeit einer eingehenden Vernehmung unterzogen. Die Täter sind schwer zur Sprache zu bringen und sie antworten nur darauf, wonach sie gefragt werden. Anscheinend fürchten sie die Rache ihrer noch auf freiem Fuße befindlichen Spießgesellen. Sie wurden durch Gegenüberstellungen, die plötzlich erfolgten, zu teilweisen Geständnissen gebracht und konnten auf diese Weise überführt werden. Noch heute dürfte ein Aufbruch an die Verhaftung der Teilnehmer und der Verdächtigen erfolgen wird. Dieser Aufbruch wird auch die Bilder und Handschriftproben aller unter dem Verdacht der Beteiligung stehenden Personen enthalten. Beutnant Krull, der in Hamburg verhaftet worden ist, dürfte mit dem Mord in keinem Zusammenhang stehen. Jedenfalls liegen gegen ihn keine schwerwiegenden Verdachtsmomente vor. Mit den bisherigen Verhaftungen ist jedoch die Reihe der Festnahmen noch nicht abgeschlossen. Es ist damit zu rechnen, daß noch einige Verhaftungen erfolgen werden. Nicht alle der in Berlin Verhafteten sind auch in Berlin nochhaft, einige von ihnen sind auch von außerhalb hierher gekommen.

Geständnis Tschows

Nach neuerer Meldung soll Tschow, als er seiner Mutter gegenübergestellt wurde, seelisch zusammengebrochen sein und gestanden haben, daß er der Führer des Mordansatzes gewesen ist. Weitere Bekundungen soll er unter Berufung auf sein gegebenes Ehrenwort abgelehnt haben.

Tschow brachte nach der Tat das Auto nach der Garage in der Wilmersfelder Straße zurück und fuhr dann zunächst nach Halle. Von dort begab er sich nach dem Gut seines Onkels, Wiesen bei Nafelsdorf. Hier wurde er, wie schon berichtet, bald ermittelt und festgenommen. Ein Kommissar und mehrere Beamte der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums brachten ihn alsbald mit dem Auto nach Berlin, wo sie gestern nachmittags mit ihm eintrafen. Das Verhör, das in Gegenwart des Polizeipräsidenten Richter und des Leiters der Abteilung Ia mit ihm vorgenommen wurde, dauerte bis in die frühen Abendstunden hinein. Der Verhaftete, ein schlanker und geistreicher mittelalter Mann mit etwas schiefen Gesichtszügen sah an, was die Beamten unterdessen ja auch schon ermittelt hatten, daß er das Auto in die Garage zurückgebracht habe. Er bekannte sich auch an der Fahrt, die dem Minister den Tod gebracht hat, behauptete aber zunächst, daß er deren Zweck nicht gekannt habe. Er erwähnte, seine beiden Freunde, die er hier in Berlin getroffen und bei denen er wiederholte in dem Pensionatszimmer gewohnt habe, hätten ihn gebeten, ihnen ein Auto auf einer Probefahrt zu führen. Nach und nach aber ließ er diese Ansätze fallen und gestand, daß er um den ganzen Plan gewußt und bei der Ausföhrung als Wagenführer mitgewirkt habe. Das umfassende Geständnis, das er endlich ablegte, beschäftigte im vollen Umfang das Ergebnis der Ermittlungen der Politischen Polizei. Wohin seine beiden Tatgenossen sich nach dem Verbrechen gewandt haben und wo sie sich aufhalten, will er nicht wissen.

Auch Tilleßen und Killinger wurden gestern eingehend vernommen. Sie bleiben dabei, daß sie mit dem Verbrechen nichts zu tun gehabt und von dem ganzen Plane nichts gewußt haben. Beide wurden nach in Gewahrsam gehalten. Tilleßen schon deshalb, weil er auf Grund eines Haftbefehls auch unter dem Verdachte der Mitwirkung bei dem Anschlag auf Scheidemann in Cassel in Hildesburg festgenommen ist.

Meinungen von Tschows Bruder

Ein Mitarbeiter des „Achtuhr-Abendblattes“ hatte Gelegenheit, den ältesten Bruder Tschows zu sprechen. Dieser war früher Offizier und ist heute in einem Berliner Bankhaus angestellt. „Mein Bruder Ernst Werner“, sagt er, „hat bisher bestritten, sich an der Tat beteiligt zu haben und ich will in seinem und im Interesse meiner vollen Zusammengebrochenen Mutter wünschen, daß es ihm gelinge, sich reinzuwaschen. Ich habe freilich in dieser Hinsicht nicht allzu viel Hoffnung, denn ich kenne die politische Einstellung meines Bruders Ernst Werner und auch die meines jüngsten Bruders, den ich nur als einen dummen Jungen anbezeichnen kann. Ich weiß, daß meine beiden Brüder Leiter der Bewegung, die durch die sogenannte deutsche völkische Bewegung betrieben wird, und die ich mit vollem Recht als nicht vereinbar halte, ein allzu williges Ohr geliehen habe. Und gerade darum, weil ich diese Bewegung für einen Krebsgeschwür halte, kann ich für meinen Bruder, wenn er an der Tat beteiligt ist, in keiner Weise eintreten. Ich hätte mich sogar verpflichtet, mein brüderliches Gefühl vollständig ausschalten und alles zu tun, was zur Aufklärung des Verbrechens an Ratheuten dienen kann, der meinem Empfinden nach einer der wunderbarsten Menschen war, die Deutschland je besaßen hat.“

Mit meinen Brüdern habe ich in der letzten Zeit über politische Fragen fast nie gesprochen und sie auch nicht mit mir. Ich wollte meine Familie nicht in zwei feindliche Lager teilen. Meine Brüder unterließen es auch wohlweislich, mir irgendwelche Andeutungen über ihr Vorhaben zu machen, denn sie kannten meine Anschauungen und wußten, daß ich als anständiger denkender Deutscher alles getan hätte, was in meiner Macht lag, um einen derartigen Anschlag zu verhindern.“

Deutschnationale Mordhelfer

Berlin, den 20. Juni.

Der amtliche preussische Pressedienst meldet: Die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums hat den Leutnant der Reserve und cand. jur. W. Günther verhaftet, dem nicht nur die Mitwisserschaft, sondern die Beihilfe zum Mord des Reichsfinanzministers Dr. Rathenau bereits nachgewiesen ist. Günther war sowohl bei den Vorbesprechungen, die sich um den Plan des Mordes drehten und die in einem Berliner Vorort stattfanden, anwesend, als auch den Tätern in jeder Weise behilflich. Er hat für den Mörder Tschow die Garage ansfindig gemacht, in der das von zunächst kommende Automobil, das bei der Mordtat benutzt wurde, untergestellt werden konnte. In alle Einzelheiten der geplanten Tat war er, wie noch einmal ausdrücklich hervorgehoben werden muß, genau eingeweiht.

Günther ist der deutschnationalen Jugendbewegung im März 1919 beigetreten und wurde im November des gleichen Jahres auch Mitarbeiter der nationalen Vereinigung, die der „Aufklärung des Volkes in nationalem Sinne“ dienen will. Seit dieser Zeit ist er nach seinen

eigenen Angaben in Beziehungen zu rechtsgerichteten politischen Persönlichkeiten getreten, die im öffentlichen Leben eine Rolle spielen. Während des Kapp-Putsch war er im Vorzimmer des Generals v. Lüttich bei Oberst Baner als Ordnungsoffizier tätig. Im Juli 1920 arbeitete er beim deutschnationalen Studentendienst und war damals auch Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei. Erst später ist er infolge eines Prozesses zwischen der Deutschnationalen Volkspartei und dem Nationalen Studentendienst in Konflikt mit der Deutschnationalen Volkspartei geraten und wurde im Verlauf dieser Zwischigkeiten von ihr ausgeschlossen. Heute noch ist Günther, der von diesem Ausschluß erst vor vier Wochen erfahren haben will, Mitglied folgender rechtsstehender Organisationen:

- Bund der Ausreichten,
- Deutschbund,
- Deutscher Offiziersbund,
- Deutschnationaler Jugendbund.

In der deutschnationalen Jugendbewegung spielte er als Vorstandsmitglied eine Zeitlang eine führende Rolle, jetzt ist er Mitglied der Ortsgruppe Hanja des Deutschnationalen Jugendbundes. Auch dem Deutschen Trennbund gehört er als Mitglied an. Im übrigen sei noch erwähnt, daß Günther, der am Sonnabend morgen bei der Abfahrt des Automobils zugegen war, früher mehrfach zu Kurierfahrten nach München verwandt worden ist. Im Bekleidungsbesitz des Günther, der sich, wie oben erwähnt, auf seine nähere Bekanntschaft mit führenden rechtsstehenden Persönlichkeiten bezog, ist eine Reihe von Briefen gefunden worden, aus denen hervorgeht, daß Günther in gesellschaftlichen und politischen Beziehungen zu hervorragenden Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei gestanden hat. So wurden Briefe von Heffertich, Lubendorff, Jagow, Westarp gefunden.

Die Verhaftung Günthers und die Durchsuchung bei ihm ist auf Veranlassung des Staatskommissars für öffentliche Ordnung erfolgt.

Zur Verhaftung des Studenten Günther

Student Günther, der bei seinen Eltern in der Köpenickerstraße wohnte, ist Dienstag nacht verhaftet worden. Dieser junge Mann hatte sich dadurch verdächtig gemacht, daß er verschiedentlich Bemerkungen fallen ließ, die darauf schließen ließen, daß er für seine aus der Provinz kommenden Freunde eine Garage besorgen wolle. Diese Garage wurde ihm schließlich in Südenbe angeboten. Sie erschien ihm jedoch nicht passend. Er wählte diejenige Garage in der Wilmersfelder Straße, in der das Mörder-Automobil dann gefunden worden ist. Das Auto gehörte einem Herrn Kühnmeister aus Freiberg i. Sa. Wie die jungen Leute zu dem Auto gekommen sind, weiß man noch nicht. Das Auto wurde in die Garage eingestellt, am nächsten Tage wieder herausgeholt. Es wurde eine Versuchsfahrt, angeblich in der Richtung nach Meddensburg, gemacht, dann wurde es wieder in die Garage zurückgebracht. Am Sonnabend, kurz vor der Tat, wurde das Auto wieder herausgeholt, ausprobiert, mit Öl versehen, die Pneumatik aufgepumpt. Nach der Tat kam der Chauffeur wieder, brachte das Auto zurück, bezahlte und entfernte sich schweigend. Günther, der zur Ausföhrung hatte lediglich die Aufgabe, einen Unterfunksort für das Auto ansfindig zu machen. Er hat aber weder das Auto in die Garage gebracht, noch es herausgeholt. Er hat nur eine passende Garage ausgewählt. Schon einige Tage vor der Mordtat kam er in Berlin mit den Mördern zusammen. Bei dieser Gelegenheit wurde der Plan in allen Einzelheiten ausgearbeitet. Die Rolle, die der Herr Kühnmeister aus Freiberg bei der ganzen Sache gespielt hat, ist noch nicht recht klar. Es muß sich erst noch erweisen, ob ihm sein Auto gestohlen worden ist, oder ob er es ohne Kenntnis des Vorhabens jemandem geliehen hat, der mit den Mördern im Bunde steht. Jedenfalls ist in Freiberg keine Verlustanzeige über ein gestohlenes Auto bei der Polizei gemacht worden.

Heuchler und Meuchler

Heffertich hat dem Polizeipräsidium zur Verfolgung der Täter 100 000 Mark und die Deutschnationale Partei der gleichen Stelle 200 000 Mark angeboten. Das Angebot wurde natürlich abgelehnt. Man wird sich aber fragen müssen, sagt der „Vorwärts“ mit Recht, aus welchen Gründen die Herren, die mit dem Mordgehilfen Günther in so eifriger Korrespondenz standen, diesen Schritt getan haben.

Ueber Tschow wird noch bekannt, daß er 1919 der Garde-Kavallerie-Schützen-Division und da der sogenannten Geheimabteilung gemeinsam mit dem berühmtesten Oberleutnant Franz angehört. Mit diesem und dem Kriegsgeschichtswissenschaftler Jörn soll er die Morduntersuchungssache Liebknecht-Luxemburg geführt haben. Der Matrosenmörder Marlow war ein guter Kamerad von Tschow; Tschow führte gemeinsam mit dem Hauptmann v. Seidel und dem Hauptmann Schenk zu Sweißberg auch die Voruntersuchung gegen Marlow; Tschow tat in der Kraftwagenabteilung Dienst, insbesondere dann, wenn es sich um sogenannte Geheimfahrten handelte.

Killinger und Tilleßen verhaftet

Ueber die außerordentlich schnelle Entwirrung des Mordkomplotts wird gemeldet: In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde im Berliner Westen ein Helfer der Mörder verhaftet. Dieser Mann versuchte zunächst jede Mittäterschaft, ja auch jede Mitwisserschaft abzuleugnen. Als man ihn aber dann plötzlich mehreren schon einige Stunden vorher verhafteten Freunden von ihm gegenüberstellte, und als seine Aussagen mit denen seiner Freunde schwere Widersprüche aufwiesen, brach der Mann zusammen und gestand alles. Durch das umfassende Geständnis dieses Mannes und durch die Handsuchung, die während seiner Vernehmung ohne sein Wissen bei ihm stattfand, wurden die Spuren der Mörder klar aufgedeckt. Den Namen dieses verhafteten Mannes gibt die politische Polizei aber aus bestimmten Gründen noch nicht bekannt. Seine Aussagen haben aber gestern nachmittag bereits zu der Wiederverhaftung des Kapitänleutnants Manfred von Killinger im Ostseeband Bremer, wie jetzt erst bekannt wird, geführt. Killinger ist heute vormittag nach Berlin gebracht worden und hier unter scharfer

Bewachung in das Berliner Polizeipräsidium überführt worden. Hier wird Killinger noch heute einem eingehenden Kreuzverhör unterzogen werden. Auch Karl Tilleßen ist unter scharfer Bewachung heute früh in Berlin eingetroffen. Wenn Tilleßen auch nicht direkt der Täterhaft bei dem Mord an Erzberger bezeugt werden kann, so ist doch bekannt, daß er von dem Mordplan gewußt hat. Inwiefern Killinger als Mitwisser oder sogar als Mittäter bei dem Ministerattentat in Frage kommt, muß erst das Kreuzverhör ergeben. Auch in den Mittagsstunden ist noch eine größere Anzahl von Mitverschwörern verhaftet und in das Polizeipräsidium eingeliefert worden. Diese hatten ebenfalls bei dem Ausarbeiten des Mordplanes mitgewirkt. Interessant ist es, daß das ganze Fingergewebe der in den letzten Tagen so zahlreich Verhafteten zerfällt, als man ihnen drei Namen nannte, die der im Berliner Westen verhaftete Mann, dessen Namen noch geheimgehalten wird, angegeben hatte. Die drei Namen waren Tschow, Fischer und Rauer. Alle diese verhafteten Verschwörer brachen in dem Moment zusammen, als sie diese Namen hörten.

Wichtige Feststellungen

Nach der Verhaftung des Studenten Günther wurde ihm immer bestimmter nachgewiesen, daß er bei der Konzeption und Ausarbeitung, Vorbereitung des Mordplanes sogar eine erhebliche Rolle gespielt hatte in Verbindungen mit Ernst Werner Tschow, dessen Bruder, dem Gymnasiasten Gerd Tschow, Fischer, Rauer und dem Gymnasiasten Heinz Stubenrauch. Mit diesen hatte er, wie festgestellt wurde, unter anderem eine Besprechung in Wannsee gehabt. Neben diesen Ermittlungen und Feststellungen, die sich auch auf die ganze politische Betätigung und ihrer Zugehörigkeit zu politischen Vereinigungen bezog, gingen die eifrigen Nachforschungen nach dem Mörderauto her, bis es bei dem Garagebesitzer Richard Schüt und Franz Diebel in der Wilmersfelder Straße 14 bis 16 zu Schwargendorf ermittelt wurde. Hierhin hatten sich die Mörder mit Erfolg gewandt, nachdem Günther die Garage in Südenbe als zu weit entlegen abgelehnt hatte. Am Donnerstag nachmittags vergangener Woche kam ein Mann mit dem Auto nach dem großen Garagenthof Schüt und Diebel und stellte den Wagen mit den Bemerkungen ein, daß er nach einigen Tagen wieder abgeholt werde. Am nächsten Tage um 8 1/2 Uhr morgens kam der „Chauffeur“ wieder und holte den Wagen zu einer Tour nach Schwerin in Meddensburg heraus. Nachmittags kamen zwei Mann mit dem Wagen zurück. Sie hantierten in der Garage an ihren Wagenrädern herum und haben sich wahrscheinlich auch noch umgekleidet. Weil die Delinquenzen verlogen, so gaben sie die Meinung, den Wagen in Ordnung zu bringen, weil er am nächsten Tage wieder gebraucht werden soll. Das geschah dann auch. Am Sonnabend vormittag erfuhr der „Chauffeur“ wieder, prüfte die Reifen, füllte Brennstoff und Öl auf und fuhr aus. Kurze Zeit nach dem Verbrechen kehrte er zurück, stellte den Wagen wieder unter, entrichtete die Kosten und erklärte, der Wagen werde am Mittwoch abgeholt werden. Die Ermittlungen der Beamten der Abt. Ia ergaben, daß während der „Chauffeur“ sich in der Garage zu tun gemacht hatte, noch zwei andere Männer auf dem Hofe gewesen waren, die mit ihm Verbindung hatten. Schüt und Diebel wollten zunächst gar nicht wissen, wer den Wagen untergestellt hatte. Es wurde ihnen aber bewiesen, daß sie nicht bloß mit dem Chauffeur, sondern auch mit den anderen Leuten, darunter auch Wälder und Anauer Besprechungen gehabt hatten, unter anderem in einer Pompeistraße. Auch sie wurden deshalb wegen Mitwisserschaft bzw. Begünstigung von der Politischen Polizei verhaftet. Der Wagen der Mörder ist festgehalten als ein Auto Nr. 11 478, das einem Fabrikanten in Sachfen gehört. Unter welchen Umständen die Mörder es von ihm erhalten haben, bedarf noch der Feststellung. Beamte der Politischen Polizei sind zu dem Zwecke entsandt worden. Der Berliner Aufenthalt der Mörder war, wie wir schon mitteilten, ein Pensionat in der Nordischen Friedrichstraße.

Putschgerüchte aus Wannsee

Gestern wurden uns wiederholt Mitteilungen gemacht, daß in Wannsee Putschvorbereitungen getroffen würden. Offenbar handelt es sich um Treiberen der Roffbach-Banden, die dort noch immer haufen. Von behördlichen Stellen wurde uns versichert, daß alle Maßnahmen zur Abwehr etwaiger Putschversuche getroffen seien.

Die Afa zur politischen Lage

Am 20. Juni tagte im Gewerkschaftshaus zu Berlin die Ausschüßung des Afa-Bundes, die von den angeschlossenen Verbänden und aus allen Teilen des Reiches besetzt war.

Der Afa-Vorstand erstattete eingehend Bericht über den Stand der zum Schutze der Republik eingeleiteten Bewegung. Nach mehrstündiger Debatte, in der über die Einzelheiten der weiteren Maßnahmen verhandelt wurde, ist die volle Übereinstimmung aller Verbände festgestellt worden. Es gelangte folgender Beschlus einstimmig zur Annahme:

„Der Ausschüß des Afa-Bundes nimmt den vom Afa-Vorstand anlässlich der Ermordung Walter Rathenaus zum Schutze der Republik getroffenen Maßnahmen in allen Teilen zu.“

Der Ausschüß verlangt die Fortföhrung der eingeleiteten Bewegung, bis eine ausreichende gesetzliche Sicherung zum Schutze der Republik gesichert ist.

Der Afa-Vorstand wird ermächtigt, alle weiteren, zur erfolgreicheren Durchföhrung der Aktion erforderlichen Maßnahmen im Einverständnis mit dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu treffen.“

Anschließend an diese Beratungen fand am Nachmittag die bereits von uns angekündigte Kommissionsbesprechung mit dem Bundesausschüß des A. d. G. B. statt.

Konferenz der Ministerpräsidenten

In der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder mit der Reichsregierung, die gestern nachmittag stattfand, sprach sich die Mehrheit der erschienenen Landesvertreter für eine gesetzliche Fassung der zum Teil durch die Verordnung des Reichspräsidenten geregelten Bestimmungen zum Schutze der Republik aus. Ferner erklärte sich die Mehrheit bereit, im Reichsrat auf die gesetzgebungs-mäßige Frist zu verzichten, die für die Behandlung von Gesetzen vorgesehene ist, und sofort in eine Beratung von Gesetzesentwürfen zum Schutze der Republik einzutreten. Es ist demnach zu erwarten, daß der Gesetzesentwurf schon Anfang nächster Woche dem Reichsrat zugehen wird. Die Beratungen der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder werden heute fortgesetzt.

Die deutschnationale Mörderpartei

Deutschnationale Reichstags- und Landtagsabgeordnete kompromittiert

Deutschnationale Reichstags- und Landtagsabgeordnete kompromittiert.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgenden Offenen Brief eines ehemaligen Angehörigen der Organisation O. an die Mörderpartei:

An die Deutschnationale Volkspartei!

Wenn ich diese Zeilen der Öffentlichkeit unterbreite, so erkläre ich gleichzeitig, daß ich die volle Verantwortung für die darin behaupteten Tatsachen übernehme und bereit bin, diese Behauptungen auch vor Gericht zu verantworten.

Der deutschnationale Fraktionsführer, Staatsminister a. D. Gergt, gebraucht in dem Aufruf an die Mitglieder seiner Partei die Worte: „Die Einigkeit unserer Partei und die Heiligkeit unserer Ziele machen es uns zur gebieterischen Pflicht, unseren Namen reinzuhalten und über die Reinhaltung unserer Partei mit allen Mitteln zu wachen.“ Angesichts dieser großen Worte, Herr Minister, fühle ich mich verpflichtet, die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, daß die Deutschnationale Volkspartei in Wirklichkeit eine Partei ist, welche politische Verbrecher unterstützt, ja, nicht davor zurückerschreckt, öffentliche Ämter in krasse Weise zu mißbrauchen. Ich tue das selbst auf die Gefahr hin, einem „Selbstmord“ oder einem „Unfall“ ausgesetzt zu werden, aus dem reinen Bestreben heraus, bei der Reinigung des republikanischen Sumpfes meine Pflicht zu tun. Es mag sein, daß meine Bekundungen in sekularem Kontrast zu ihrer Behauptung stehen. Ihre Partei habe mit Verbrechern und Mordbuben nichts gemein, doch es wird Ihnen schwer fallen, die reißende Wahrheit meiner Behauptungen zu widerlegen.

Nun zu den Tatsachen: Im Jahre 1919 wurde in Halle an der Saale anlässlich der Märzunruhen der Kommunistenführer Meisner erschossen. Der Führer der Kugel von Petersdorf, die freiwilligen Frische, Denzling und ich wurden wegen des Verdachts, den Mord an Meisner begangen zu haben, am 23. März 1919 im Edenhotel in Berlin, wo ich damals bei der Garde-Kavallerie-Schützen-division stand, verhaftet. Das Verfahren gegen uns mußte jedoch eingestellt werden und wurde lediglich gegen den Streifenführer Leutnant Hubert alias Roth weitergeführt, der jedoch ins Ausland, wie es heißt nach Argentinien flüchtete. Ich selbst wurde wegen eines anderen, rein politischen Deliktes bestraft und am 21. April 1921 bedingt begnadigt. Die Mittel für meine Verteidigung in der Angelegenheit Meisners wurden uns von der Deutschnationalen Volkspartei durch den Rechtsanwalt Girsch Halle a. d. S., Rathausstraße 9, zur Verfügung gestellt. Herr Girsch ist einatschriebenes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei und zugleich Mitglied der Geheimorganisation O., die damals noch den Namen „Geheimorganisation der Gardekavallerie-Schützen-division“ führte. Leiter dieser Organisation war Oberleutnant Franz, der merkwürdigerweise im Kriegergerichtsprozess wegen der Ermordung Karl Liebknechts und Frau Rosa Luxemburg die Würde eines Weibers vertrat. Nach meiner Begnadigung 1921 meldete ich mich bei der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, wo ich von den Herren General v. Gallwitz und Major a. D. Penning herzlich begrüßt wurde, ja, man überreichte mir sogar für mich in der Fraktion gesammelte Gelder (ungefähr 500 Mark). Beide rieten mir, nach München zu fahren, und mich bei Rechtsanwalt Müller zu melden, in dessen Räumen auch die Geheimorganisation O. untergebracht war. Ich traf aber nicht den eigentlichen Leiter der Organisation, den inswischen „berühmt“ gewordenen Kapitänleutnant Hillinger, an, sondern dessen Stellvertreter, Oberleutnant v. Kornalewski, der mich dazu überredete, der Geheimorganisation beizutreten, was ich auch tat. Nunmehr fuhr ich nach Berlin zurück und wurde von dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Jandren der Arbeitsgemeinschaft Müller angewiesen, die damals „Landsarbeit“ in Pommern verrichtete. Später Oberschlesien unsicher machte.

In dieser Zeit trat die Partei durch den Rechtsanwalt Girsch in Halle a. d. S. brieflich an mich heran und forderte mich auf, ich sollte ins Ausland gehen, um die Rückkehr des in der Nordische Reiseberg Nüchtern Leutnants Hubert zu erzwingen, d. h. dessen Schuld auf mich zu übernehmen. Falsche Papiere und Geld künden mir zur Verfügung.

Ich hatte dazu keine Lust, als man mir aber andeutete, es könne mir von „kommunistischer Seite“ noch meinem Leben getrachtet werden, ging ich scheinbar darauf ein, fuhr aber nach Schneidemühl, wo ich mich bei dem Verband nationalsozialistischer Soldaten meldete. Von diesem Verbande sowie von dem dortigen Vorsitzenden der Deutschnationalen, Studienrat Dr. Böcker, wurde ich mit Geld unterstützt und zu dem Baron v. Knigge (neubel der Schwiegervater des vom Baltikum her berühmten Generals von der Goltz), Brunau, Kreis Ratow i. Westpr., geschickt.

Baron v. Knigge nahm mich drei Wochen lang auf und stellte mir in seiner Eigenschaft als Amtsvorleiter eine Reihe gefälschter Papiere (Ausweis mit Lichtbild, Invalidenkarte, Abmeldung, Arbeitsbescheinigung, polizeiliches Führungszeugnis) aus, die er mit den amtlichen Stempeln und seiner Unterschrift verließ.

Diese Papiere liegen jetzt noch bei meinen Akten in der Schutzpolizei zu Reddinghausen i. W., deren Verhaftungnahme inzwischen verflut ist. Der Gutsverwalter des Barons, Kritische, kann bezeugen, daß der Baron zu diesem Zwecke die Stempel und Vordrucke aus dem Amtssammer holte, wobei Kritische noch bemerkte: „Hier kann ich mancher verdächtig, der gesucht wird, hier ist alles da!“ Nachdem mir Baron v. Knigge noch 1000 Mark ausbezahlt hatte, fuhr ich nach Halle a. d. S., wo ich mich zur Empfangnahme weiterer Gelder bei Rechtsanwalt Girsch einfinden sollte. Girsch gab mir neue 3000 Mk. unter der abermaligen Bedingung, ins Ausland zu gehen, um Hubert den Weg nach der Heimat freizumachen. Ich fuhr jedoch nach Berlin, wo ich mich bei dem mir schon vom Edenhotel her bekannten Hauptmann Siebert in der Neuen Kantstraße, Charlottenburg, meldete, der mir einen geschlossenen Brief übergab mit der Anweisung, mich mit diesem Briefe bei der Schutzpolizei Reddinghausen vorzustellen. Ich fuhr nach Reddinghausen und wurde sofort bei der dortigen Schutzpolizei in die erste Hundertkammer unter meinem falschen Namen und mit den von Baron v. Knigge gefälschten Papieren eingekerkert. Als sich die Organisation O., vor allem Kornalewski-München, wieder an mich wandte, und Arbeit (politische Grundfragen usw.) von mir verlangte, ging ich heimlich von Reddinghausen fort. Als ich wieder nach Berlin kam, wurde ich hier von dem Führer H. d. r., Sohn eines Gefängnisdirektors aus Tegel und Pflücker, den ich von der Garde-Kavallerie-Schützen-division her kannte, wieder zu mehreren Sitzungen der Geheimorganisation geschickt, über die ich in den nächsten Tagen noch besonders berichten werde, habe aber keinerlei Aufträge mehr angenommen.

Nun möchte ich noch feststellen, daß ich nicht nur von der deutschnationalen Fraktion des Reichstages, sondern auch von der Fraktion der gleichen Partei des Preussischen Landtags durch die Vermittlung des deutschnationalen Abgeordneten für den Wahlkreis Merseburg, Rektor Louis Herrmann (Friedrichsdorf) unterstützt worden bin. Dieser selbe Abgeordnete sagte mir, daß ich bei Girsch-Halle a. d. S. noch weitere und größere Summen erhalten könne. Ferner habe ich mir im Bureau der Deutschnationalen Partei in der Bernburger Straße bei Herrn Hauptmann Schnorrenpfel Geld abgeholt. Meine Papiere, die von Herrn Baron v. Knigge ausgestellt worden sind, tragen folgenden falschen Namen: Emil Madotus aus Krotoschin.

Sollten Sie, Herr Staatsminister Gergt, an diesen Tatsachen noch nicht Genüge finden, so bin ich gern bereit, Ihnen noch weitere Personen Ihrer Partei zu nennen, die rechtsbolschewistische Klugheit mit Mitteln unterstützten. Felix Claus, Selb, zurzeit Berlin, ehemaliges Mitglied Nr. 341 der Organisation O.

führen aus dem Protokoll unschwer feststellen. Das erste, was dem Genossen in diesem Zimmer auffiel, war ein gerahmtes Bild des Defekturs von Amerongen, das auf dem Schreibtisch des Protokollführers stand. Der Genosse erklärte unter diesen Umständen eine Vernehmung für zwecklos, worauf sich der Herr Abgeordneter entschloß, das Bild wegzunehmen. — Und haben in den vergangenen Tagen verschiedene Personen Mitteilungen gemacht mit dem Bemerkten, daß sie zu der Abteilung Ia kein Vertrauen hätten. Hier sieht man, wie das Vertrauen gesät wird.“

Was wird wohl jetzt der sozialdemokratische Polizeipräsident erklären?

Deutschnationale Heuchler

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei erließ gestern eine Erklärung, derzufolge an alle Mitglieder der Partei das Ersuchen gerichtet worden ist, „sofort genau zu prüfen, ob einzelne Mitglieder der Partei-Organisationen angehöre, welche verfassungswidrige oder gegenwärtige Ziele verfolgen. Sollten sich solche Parteimitglieder finden, so sind sie unverzüglich aus der Partei auszuschließen.“

Diese Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei ist eine erbärmliche Heuchelei und mutet uns so widerlicher an, weil bei dem in Verbindung mit dem Mord an Rathenau verhafteten früheren Leutnant Günther Diele gefunden wurden, aus denen hervorgeht, daß Günther mit Helfferich, Ludendorff, Jagow und Westarp in engster Beziehung stand. Würde die Deutschnationale Volkspartei ihre Reihen von den Elementen säubern, die „verfassungswidrige oder gegenwärtige Ziele“ verfolgen, so würden nur wenige Mitglieder übrig bleiben. Denn die Deutschnationale Volkspartei ist die ausgesprochene Mörderorganisation.

Der Staatsgerichtshof in Berlin

Der Oberreichsanwalt, der als Anklagebehörde dem Staatsgerichtshof beigegeben wird, wird seinen Sitz nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, in Leipzig nehmen. Er wird vielmehr, wie die „Dena“ erfährt, heute in Berlin einziehen und im Reichsministerium des Inneren Diensträume beziehen. Der Sitz des Staatsgerichtshofs ist somit nach Berlin verlegt. Der Oberreichsanwalt wird seine Anklagefunktion im engsten Zusammenhang mit den Feststellungen des Reichskommissars für öffentliche Ordnung vornehmen.

Wir halten den Reichskommissar für öffentliche Ordnung durchaus nicht für die geeignete Persönlichkeit, um bei der Anklagefunktion vor dem Staatsgerichtshof mitzuwirken. Denn der Reichskommissar für öffentliche Ordnung, Herr Weichmann, hat sich durch seine Tätigkeit und sein Verhalten in jenen Tagen, die der Ermordung der 20 Matrosen folgten und über welche in dem Prozeß gegen den verhafteten Hauptmann von Kessel sehr kompromittierende Einzelheiten bekannt geworden sind, keineswegs als Gegner der gegenrevolutionären Mörderorganisationen erwiesen, sondern eher als das Gegenteil.

Ursache der Erbitterung

Die „Frankfurter Zeitung“ spricht in der „Wochen-Ausgabe“ von den Maßnahmen, die notwendig sind, um die Staatsordnung aufrechtzuerhalten. Sie geht davon aus, daß bei den sonst ruhig verlaufenden Demonstrationen es in den letzten Tagen vorgekommen ist, daß es zu Zusammenstößen und tätlichen Ausschreitungen kam. Erklärt werde die Reizung zur Selbsthilfe damit, daß die Geweße und die Gerichte versagen, wenn es sich um den Schutz der Republik handelt. Die Zeitung hält die Verordnungen des Reichspräsidenten nicht für ausreichend. Ihre Verbesserungsvorschläge zu dieser Verordnung decken sich im wesentlichen mit den Forderungen der proletarischen Organisationen.

Straßenkämpfe in Dublin

London, den 20. Juni
Nachrichten aus Dublin zufolge haben sich in Dublin zwischen den regulären irischen Soldaten und den irregulären, die im Justizpalast verhaftet sind, schwere Kämpfe entwickelt. Die Regulären greifen mit Panzerautos, Artillerie und Maschinengewehren an. Die Verluste der Regulären sind ziemlich bedeutend, während die Irregulären bekannt geben, daß bis jetzt nur drei ihrer Leute verwundet worden sind. Die irische Regierung hat mehrere tausend Mann Verstärkung herangezogen. Auch in anderen Teilen des Landes haben sich heftige Kämpfe entsponnen.

Eine neue internationale Konferenz

Rom, den 29. Juni
Nach der römischen Zeitung „Aton“ sind zwischen den alliierten Regierungen Verhandlungen im Gange für die Zusammenberufung einer neuen internationalen Konferenz als Ergänzung der Konferenz von Genua. Diese werde im Herbst dieses Jahres in einer Ortshaus der französischen Regierung abgehalten werden. Die Veranlassung zu dieser neuen Konferenz sei von Lloyd George ausgegangen und bereits von Poincaré gebilligt worden.

Die Eisenbahner in den Vereinigten Staaten wollen am 1. Juli in den Streik treten, falls die Eisenbahngesellschaft auf einer Reduzierung der Löhne besteht. Es kommen 400 000 Mann in Frage.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Raue, Berlin; für den Inhalt und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometner, Berlin. — Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimer, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen und Warzen
bereinigt schnell und schmerzlos
Dr. Kibitzol
In Apotheken und besseren Drogerien erhältlich
Gegen Fußschweiß und Wundläufen Kibitzol-Fußbad!
Millionenfach bewährt!

Kritische Situation in Bayern

Eine Rundgebung der USP-Landtagsfraktion.

Arbeiter! Angestellte! Beamte!
Das Unerhörte geschieht. Bayern sabotiert die Verordnungen zum Schutze der Republik!

Raum seid ihr von euren wuchtigen Demonstrationen zurückgejagt, da frondiert die bayerische Volkspartei Arm in Arm mit ihren deutschnationalen Brüdern in der schroffen Form gegen die Reichsregierung.

Wieder ist eure Stimme ungehört verhallt, wird euer Wille mißachtet.

Die Bayerische Volkspartei, deren Vertretung im Reichstag sich entschlossen hinter die Verordnung der Reichsregierung stellte, erklärt heute im bayerischen Landtag, daß deren Vollzug bei der Wehrheit des bayerischen Volkes auf den schärfsten Widerspruch stoßen müßte.

Die Bayerische Mittelpartei läuft in der gleichen Weise dagegen Sturm und der bayerische Ministerpräsident Graf von Helldorf formt seinen ablehnenden Standpunkt in folgende 6 Punkte:

1. Die Ausdehnung des Schutzes auf die früheren republikanischen Regierungen und deren Mitglieder erscheint als unbillig, um die bestehende Verfassung zu schützen. Sie könnte gerade in Bayern zu Strafverfolgungen führen, die dem allgemeinen Volksempfinden auf das schärfste widersprechen.

2. Der Vollzug der Verordnung eröffnet der Angeberei Tür und Tor, zumal da nach § 5 für die Verleumdung nicht einmal das Tatbestandsmerkmal der Öffentlichkeit festgesetzt ist.

3. Das Strafmaß von 3 Monaten Gefängnis als Mindeststrafe erscheint als zu hoch gegriffen, da das richterliche Ermessen nicht in so weitgehender Weise eingesengt werden darf.

4. Die Vorschriften über den Staatsgerichtshof sind ein schwerer Eingriff in die von der Reichsverfassung garantierte Justiz- und Polizeisouveränität der Länder. Namentlich ergibt sich aus § 8 die außerordentlich bedenkliche Folge, daß die sämtlichen Staatsanwälte und Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft dem Oberreichsanwalt unterstellt werden. Dem

Staatsgerichtshof fehlt vor allem auch die föderative Grundlage, die nach der Verordnung vom 28. September 1921 der Reichsratsauschuh besessen hatte.

5. Nicht mit der Justizhoheit der Länder vereinbar ist endlich die starke Ausdehnung des Begnadigungsrechtes des Reichspräsidenten, die sich aus der weiten Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes ergibt.

6. Es widerspricht den anerkannten Grundätzen einer geordneten Rechtspflege, daß der Verordnung rückwirkende Kraft zuerkannt ist.

Volksgenossen! Diese Tatsachen besagen nur zu deutlich, daß Bayern auch weiterhin der Hort der Reaktion bleiben will. Und nur zu begründet ist unser Verdacht, daß sich die Spitze der Ausnahmeverordnung nach der bayerischen Einstellung lediglich gegen links richten wird.

Im bayerischen Parlament haben die Koalitionsparteien die übergroße Mehrheit. Von dort haben wir nur das Schlimmste zu erwarten.

Seid deshalb auf der Wacht! Stellt euch der Partei und den Gewerkschaften zur Verfügung. Sorgt für die einheitliche Abwehrfront.

Die Gefahr ist groß! In eure Hand ist der Schutz der Republik gegeben!

Landtagsfraktion der USP. in Bayern.

Abteilung I A.

Auf die von uns mitgeteilten Meldungen der „Noten-Zahne“, wonach in der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidentens Deutschnationale und Orgelfreunde mit der Untersuchung der Mordtat von Rathenau beauftragt seien, hat der Polizeipräsident Richter erklärt, daß keinerlei Grund zum Einschreiten vorhanden sei. Jetzt muß er sich ausgerechnet von dem Zentralorgan seiner eigenen Partei — dem „Vorwärts“ — über die betreffende Abteilung folgendes sagen lassen: „Ein Genosse R., der eine Beobachtung zur Ermittlung der Mörder Rathenaus mitzuteilen hatte, ging damit zur Abteilung Ia des Polizeipräsidenten. Nachdem man ihn dort verhört hatte, wurde er zur protokolllarischen Aufnahme seiner Aussage in ein anderes Zimmer geschickt, das, wie der Genosse glaubt, die Nummer 268 trug. Jedenfalls lassen sich Zimmer und Name des Protokoll-

Bilbig und doch Qualitäten! Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Covertcoats, Cutaways
aus erstklassigen, z. T. engl. Maßstoffen, hell und blau Kammgarn usw.
jeder Maßarbeit gleich jezt 985 bis 2500 Mark.
im Leihhaus Brunnenstraße 5 am Rosenthaler Tor. Pelzwaren: Kreuzfächer, Zobel, Silberfächer, Wölfe, Sport- und Gehpelze konkurrenzlos billig! Keine Lombardware.

UNIVERSUM-PALAIS
TANZPLATZ IM FREIEN
CABARET BONBONNIERE

UNIVERSUM ALPEN ANDES WELTSTELLUNG BERLIN

ALT-BERLIN
RIESEN-ALPEN-BAHN
NEUARTIGE ATTRAKTIONEN

DER VERGNÜGUNGS-PARK BERLINS
1. JULI ERÖFFNUNG 1. JULI ERÖFFNUNG 1. JULI ERÖFFNUNG
AM LEHRTER BAHNHOF

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7 1/2 Uhr
Der Verschwendter

Neues Volkstheater
Schoenfelder Straße 68
7 1/2 Uhr
Die erste Gelbe

Staats-Theater
Opernhaus 6 Uhr
Palcastrina

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr
Gasthaus zur Liebe

ROTTER-BÖHNEN
Täglich 8 Uhr:
Residenz-Theater
Eine Frau ohne Bedeutung

7 1/4 Trianon-Theater
Moral
v. Lu. w. Thoma

Wallnar-Theater
7 1/2 Uhr
O. beiden Nachtigallen

Theater am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr
Verliebte Leute

Theater des Ostens
(Kass-Theater)
8 Uhr
Berlin - Wilm - Kaiserhofplatz

Berliner Prater
Karl-Liebknecht-Platz 7/9
Täglich 7 1/2 Uhr
Die Prinzessin vom Nil
Operette in 3 Akten, dazu
Spezialitäten-Programm.
Beginn d. Konzerts 4 1/2 U.

Theater am Kolonnenplatz
Täglich 7 1/2 Uhr
Elite-Sänger
Volkspreise

Putz-Zuarbeiterin

sofort gesucht

Meldungen von 11-12 vorm.
und 5-7 Uhr nachmittags

Kaufhaus des Westens
Berlin W 50
Tauentzienstr.

Verkäufer für Sport-Artikel

sofort gesucht

Meldungen von 11-12 vorm.
und 5-7 Uhr nachmittags

Kaufhaus des Westens
Berlin W 50
Tauentzienstr.

Rauchtuba

Pfund 18 Mark

Schöner, neuer 20 M.
Schwarz, Kranten 22 M.
Vorläufer 23 M.
Gold Schlag 27 M.

Rund Gr. Hausburger
Straße 1.

Seifensieder
6 und 8 Uhr, kauf fähig
M. Steckelmann
Berlin W 9, Potsdamer
Str. 135 (Köpenick 9250).

Lichtenberg-Stadt
5. Viertel 18. Abt.
Am Donnerstag, den
22. d. M. verstarb
unser Onkel
Frau Berta Kiebert
Die Beerdigung
findet am Sonnabend
den 1. Juli, nachm.
3 Uhr, auf dem Zentralfriedhof
riedrichstraße statt. Um
rege Beteiligung
sucht die Verwaltung.

Damenmäntel

Einzel-Verkauf zu Engros-Preisen

Eigene Herstellung.

Rostbestände des Sommerlagers

in vornehmer Ausführung
in Covercoats und engl.
gemusterten Stoffen

von 800,- bis 1650,- Mark

Hugo Sommerfeldt,
Niederwallstraße 22.
direkt am Spittelmarkt.

Möbel

Bar. J. Teilzahlung
Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer sowie
Einzelmöbel und farbige Küchen

kaufen Sie heute noch
billig

weil ich noch sehr große alte Lagerbestände besitze, die ich billiger verkaufe, als ich diese bei heute einkaufen würde. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern

Beiser Lothringer
Strasse 67

Für 75 Mark

wöchentlich erhalten
Sie bei kl. Anzahlung
ein- oder mehrere
Möbel Artikel
sowie Au- stattungs-
stücke von Gardinen,
Bettwäsche für
wöchentlich
25 Mark
Zandorfer Str. 54
Barthel

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
folgende Mitglieder gestorben sind:
Der Galvaniseur
Karl Bohnenstengel
Trepptower Straße 97/98
am 28. d. M.
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, den 1. 7. 22, nachmittags 9 Uhr,
von der Leichenhalle des Kronen-
turms Baumsehnenweg, Kietzhof-
straße, aus statt.
Der Arbeiter
Karl Dorn
Usedomstr. 6
am 28. d. M.
Die Einäscherung findet am Montag
den 3. 7. 22, vormittags 8 1/2 Uhr, von
der Leichenhalle des Kronenturms
Berlin, Gerichtstraße, aus statt.
Der Uhrmacher
Philipp Steiner
Falken-steinstr. 35
am 28. d. M.
Die Einäscherung findet am Sonn-
abend, den 1. 7. 22, nachmittags 9 Uhr,
von der Leichenhalle des Kronen-
turms Baumsehnenweg, Kietzhof-
straße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Kollege, der Arbeiter
August Hoborn
Nä-Schneewald, Hasselwälder Str. 9
am 26. d. M. gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Teilzahlung! Garderobe

für Damen, Herren
und Burschen
sehr preiswer
Infolge groß. alter
Lagerbestände
**bei bequemen
Ratenzahlungen**

H. Tyra & Co.,
Berlin, Neustadtstr. 70

Metall

zahlt Tagespreise für
**Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.**

Altmetalle
Eisen, Kupfer, Zink, Blei
sowie Zeitungspapier
und Flaschen kaufen zu
höchsten Tagespreisen.
Metallverwertung
Bellermaannstrasse 25

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54
Linienstr. 83-85

Gefährdet seit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Mini Norden 533, 534, 535, 536

Wahl: Arbeiter! **Wahl:**
Freitag, den 30. Juni 1922, nachmittags
4 1/2 Uhr

Verammlung
aller Kolleginnen und Kollegen im „Dre-
bener Garten“, Dresdenstr. 45.

Tagesordnung:
Bericht der Verhandlungskommission. Ge-
schichten aller Art. Ohne Mitglieds-
schaft kein Zutritt.

Am Freitag, den 30. Juni, abends 6 1/2
Uhr pünktlich, in der Schulaula, Rappentier
Verammlung
der Delegierten zur vorbereitenden Ver-
sammlung unserer Betriebszentrale unter
seiner Organisation.

Tagesordnung:
Wahl der Delegierten für die Generalver-
sammlung unserer Betriebszentrale.

Sonnabend, den 1. Juli 1922, vormittags
8 1/2 Uhr

Vertrauensmänner-Konferenz
der streikenden Betriebe der Bauarbeiter und
der gelochten Betriebe im Verbandsbau.
Linienstr. 83-85, Sitzungssaal.

Tagesordnung:
1. Bericht der Streikleitung.
2. Bericht der Vertrauensleute.
Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Wahl: Arbeiter! **Wahl:**
Begen Quartalswahl stehen am Sonnabend,
den 1. Juli 1922, die Arbeiter der Bau-
arbeiterbetriebe der Streikbetriebe gelochten.
Die Kollegen, deren Betriebe am Sonnabend,
den 1. Juli 1922, erbeten, erhalten am Freitag,
den 30. Juni 1922, in der

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch

Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a, 5 Min. v. Bhl. Frankfurt Allee

Gegründet 1876

empfiehlt an bekannt
billigen Preisen bei
sorgfältiger Ausführung

Komplette
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
einfachen und besseren
Genres

Küchen farb. u. naturglasiert
in allen Preislagen

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.

100 Mark sparen Sie

bei jedem Paar Schuhe.
Groß-Detailsverkauf!
Braune Damen-Schuhe
zu Fabrikpreisen.
Schuhfabrik Weinberger
Brunnenstraße 25.
Hof hochparierte

Sofort gesucht

ca. 150 qm Lager- und Büroräume
Angebote mit Lage und Preis an
Budzinski, SW 29, Fidinistraße 29

Vorzügliche Küche, wohlgepflegte Biere bei Musik u. Gesang

bietet das
Heim d. Berliner Arbeiterschaft
„Gewerkschaftshaus“, Engel-Über 25

Leo Trotzki: Meine Flucht aus Sibirien

beginnt in der Jugend-Internationale Nr. 11

Erscheinungstag 1. Juli

Verlag Junge Garde,
Berlin C 2, Stralauer Str. 12

Tüchtiger Verkäufer für Optik

sofort gesucht

Meldungen von 11-12 vorm.
und 5-7 Uhr nachmittags

Kaufhaus des Westens
Berlin W 50
Tauentzienstr.

Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Beschlusses vom 9. Juni 1922
hat der Vorstand den Grundlohn des
auf 90 M. erhöht. Die Beiträge sind
auf 70, 80 und 90 M. bestimmt worden.
Die Kollegen, deren Betriebe am Sonnabend,
den 1. Juli 1922, erbeten, erhalten am Freitag,
den 30. Juni 1922, in der

Wahl: Arbeiter! **Wahl:**
Begen Quartalswahl stehen am Sonnabend,
den 1. Juli 1922, die Arbeiter der Bau-
arbeiterbetriebe der Streikbetriebe gelochten.
Die Kollegen, deren Betriebe am Sonnabend,
den 1. Juli 1922, erbeten, erhalten am Freitag,
den 30. Juni 1922, in der

Wahl: Arbeiter! **Wahl:**
Begen Quartalswahl stehen am Sonnabend,
den 1. Juli 1922, die Arbeiter der Bau-
arbeiterbetriebe der Streikbetriebe gelochten.
Die Kollegen, deren Betriebe am Sonnabend,
den 1. Juli 1922, erbeten, erhalten am Freitag,
den 30. Juni 1922, in der

Kleide Dich billig, elegant!

im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge, Covercoats, Gummimäntel, Cutaways, Schlüpfer
letzten von 1900 N. an. Ferner Damen-Kostüme, Mäntel, Wasche, Teppiche, warmen Hülll., Parkoveren,
Krawatten 400 M. lab Ullchen, Was., Silberhüte, Skankt, Wille, Lachs, Sporttasche
Gekaufte waren billi. Damen-Perlmutter 3500 N. Polsterkissen (Keine Lombardware)

Gegen bolschewistische Rachejustiz

An die sozialistischen Arbeiter aller Parteien und aller Länder!

Die Lage des Weltproletariats fordert gebieterisch die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen Kapitalismus und Reaktion. Dem Schicksal einer geschlossenen Phalanx der Arbeiterparteien war das Berliner Übereinkommen der drei Internationalen vom 8. April 1922 entsprochen. Es sollte dem Proletariat die Gewißheit verschaffen, daß der Moskauer Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre unter allen Rechtsgarantien einer freien Verteidigung nur nach sachlichen Gesichtspunkten durchgeführt würde.

Im Vertrauen auf die Zusicherungen, welche die 3. Internationale auf der Berliner Konferenz gegeben hatte, sind wir nach Moskau gefahren, um die Verteidigung der unter schweren Beschuldigungen stehenden Angeklagten zu führen und zugleich durch unsere Mitwirkung an diesem Prozeß dem Proletariat die Gewißheit zu verschaffen, daß jene Zusicherungen beachtet würden, und so zu unserem Teile dazu beitragen, ein Hindernis der Einheitsfront des Proletariats zu beseitigen.

Die Art der Durchführung des Prozesses hat unsere Erwartungen nicht erfüllt. Wir sehen infolgedessen vor der Gefahr, daß

der Prozeß statt zu einer Wälschung, zu einer Verschärfung der Gegensätze innerhalb des Proletariats führt.

In dem Berliner Übereinkommen ist über den Prozeß der Sozialrevolutionäre bestimmt:

Die Konferenz nimmt Kenntnis von der Erklärung der Vertreter der kommunistischen Internationale, daß in dem Prozeß gegen die 47 Sozialrevolutionäre alle von diesen gewöhnlichen Verteidiger zugelassen werden, daß wie in der Sowjetpresse bereits vor der Konferenz festgestellt wurde, in diesem Prozeß die Verhandlung von Todesstrafen ausgeschlossen sein wird, daß, da die Verhandlungen dieses Prozesses öffentlich sind, folglich auch Vertreter aller drei Exekutiven als Zuhörer beizuhören können, denen es auch gestattet sein wird, stenographische Aufnahmen zwecks Berichterstattung an die diesen Exekutiven angehörenden Parteien vorzunehmen zu lassen.

Von diesen Verpflichtungen sind die folgenden erfüllt worden: Die Sowjetregierung hat uns Pässe nach Moskau ausgestellt, und das Oberste Russische Revolutionstribunal hat uns als Verteidiger zugelassen.

Aber von Anfang an war es klar, daß entgegen den in Berlin von der 3. Internationale abgegebenen Erklärungen die Angeklagten nicht vor Richter gestellt wurden, sondern vor ihren politischen Gegnern, die entschlossen waren, aus Gründen der Staatsraison die Angeklagten zu verurteilen.

Es war bezeichnend, daß der Vorsitzende des Gerichts kurz nach Eröffnung der Verhandlungen die Erklärung abgab, daß das Gericht ein Klassengericht sei und bewußt Klassenjustiz üben werde.

Der Präsident des Obersten Tribunals Krilenko hatte sich — bei dem ihm als Präsidenten unterstellten Tribunal — zum Ankläger stellen lassen, im Widerspruch zu einer Erklärung von ihm selbst gezeichneten Besprechung, durch die aus offensichtlichen Gründen verboten wird, daß der Vorsitzende eines Gerichts bei diesem selben Gericht als Ankläger auftritt. Krilenko hatte an seiner Stelle seinen

Stellvertreter im Präsidium und somit in gewissem Sinne ihm Untergebenen Pjatakoff bestellt, den Schwager seiner Ehefrau. Diese selbst, also die Ehefrau Krilenkos, hat die Unternehmung geführt und die Anklageschrift gezeichnet.

Vor Beginn des Prozesses hat Krilenko persönlich in öffentlichen Versammlungen Beschlüsse veranlaßt, in denen die Verurteilung der Angeklagten gefordert wurde.

Tagtäglich veröffentlichte die Regierungspresse — und eine andere Presse gibt es in Sowjetrußland nicht! — heftige und beleidigende Artikel gegen die Angeklagten und ihre ausländischen Verteidiger.

Als wir in Moskau eintrafen, wurden wir mit einer Demonstration empfangen, die offensichtlich wohl vorbereitet war; die Demonstranten trugen Banner und Tafeln, die mit für uns beleidigenden Inschriften versehen waren. Man beschimpfte und bedrohte uns. Man verlangte, daß wir ins Gefängnis geworfen würden!

Die Regierung behauptete unwahrer Weise, daß eine Stimmung, wie sie bei der Demonstration gegen uns zum Ausdruck kam, in der ganzen Arbeiterklasse Moskaus herrsche und nahm diese Behauptung zum Vorwand, um uns einen Aufenthalt zwei Wochen von der Stadt entfernt aufzuzwingen und uns dauernd von mehreren Beamten in unserer ganzen Tätigkeit bewachen zu lassen.

Wir fühlten uns deshalb in Moskau als Gefangene und waren es auch.

Am Vorabend des Prozesses verhaftete man zwei Zeugen und nahm bei einem der russischen Verteidiger eine Hausdurchsuchung vor. Dieser Verteidiger durfte duden, daß man einen Teil seines Verteidigungsmaterials für einige Zeit beschlagnahmt.

Das Tribunal, das über 1200 Zuhörerarten verfügte, überließ den Angeklagten nicht einmal eine auch nur für ihre nächsten Angehörigen ausreichende Zahl von Eintrittskarten. Daß alle Karten wurden trotz unseres Einspruchs durch die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Kommunisten an ihre zuverlässigsten Mitglieder und an Agenten der Tscheka verteilt. Infolgedessen kam es im Gerichtssaal zu so lauten Rundgebetungen, daß schließlich sogar der Vorsitzende einschreiten mußte.

Für den 20. Juni, dem Todestag Wolodarskys, organisierte die kommunistische Partei Moskaus eine große Demonstration vor dem Gericht unter der Parole: „Schwere Strafe für die Angeklagten!“

In dem Gerichtsgebäude selbst hatte man neben dem Sitzungssaal eine Ausstellung von Schriften und Bildern veranstaltet, durch welche die angeblichen „Verbrechen“ der Sozialistenrevolutionäre veranschaulicht wurden.

Während diejenigen der Angeklagten, die jede Beteiligung an den terroristischen Akten bestritten, seit Jahren im Gefängnis gehalten werden, ließ man die Denunzianten Semonoff und Konoplewa, die geschändigt waren, Wolodarsko ermordet und ein Attentat auf Lenin versucht zu haben, auf freiem Fuß. Man sah sie während der Pausen in freundschaftlicher Unterhaltung mit führenden Kommunisten, engsten Parteigenossen derjenigen, die sie gemordet oder zu mordem versucht hatten.

Aber es waren Zwischenfälle im Prozeß selbst, die schließlich in den Angeklagten und aus dem Entschluß hervorriefen,

an der Verteidigung auszuschließen. Wir verweisen auf unsere, im Prozeß bekannt gegebene Erklärung, in der wir dargelegt haben, aus welchen Gründen wir — in völliger Übereinstimmung mit den Angeklagten — nicht mehr vor Gericht erscheinen konnten. Das Berliner Abkommen wurde nicht beachtet. Damit war unserer Verteidigung der Boden entzogen.

Unter weiteres Verbleiben hätte nur den falschen Eindruck erwecken können, als ob die in Berlin gegebenen Zusicherungen eingehalten würden.

Durch die Erschütterung des Berliner Abkommens ist auch die Möglichkeit seiner Bestimmungen in Frage gestellt. In dem Prozeß gegen die Sozialistenrevolutionäre wird die Verhängung der Todesstrafe ausgeschlossen sein. Seit Wochen führen die Kommunisten in der Presse und in Versammlungen einen Feldzug, um nicht nur die Verurteilung der Angeklagten S. A. zum Tode, sondern auch die Vollstreckung der Todesstrafe durchzusetzen. Das Tribunal erklärt, daß es sich um das Berliner Abkommen nicht zu kümmern habe. Die berufenen Wortführer der 3. Internationale behaupten, daß das Übereinkommen zerrissen sei, und daß alle Aussagen der 3. Internationale hinsichtlich geworden seien. Würden wir solche Behauptungen anhören, ohne ihnen unverzüglich schärfsten Widerspruch entgegen zu setzen und ohne gegen sie mit aller unserer Kraft das internationale sozialistische Gewissen wachzurufen, so würden wir Gefahr laufen, uns plötzlich vor vollendeten Tatsachen zu finden.

Dahin darf es nicht kommen! Unter keinen Umständen darf auf Todesstrafe erkannt werden! Das Leben der Angeklagten muß gesichert sein!

Die Klust, welche zwischen den Arbeiterparteien besteht, erschwerte bisher schon jede gemeinsame Aktion gegen Kapitalismus und Reaktion. Diese Klust darf nicht noch vertieft werden! Würde sie mit dem Blute der angeklagten S. A. ausgeduldet, so würde sie auf lange Zeit hinaus unüberwindlich sein.

Deshalb heißt es jetzt: im Interesse der gesamten Arbeiterschaft denjenigen in die Arme zu fallen, welche noch dem Blute der Angeklagten dürfen.

Die Parole der Arbeiterparteien aller Länder und aller Abteilungen muß sein:

Keine Todesstrafe für die angeklagten Sozialisten-Revolutionäre!

Moskau-Berlin, den 22. Juni 1922.

Emile Vandervelde, Theodor Liebknecht, Kurt Rosenfeld.

Vom Zeitungsterben

Wie die deutsch-bolschewistische Berliner „Zeit“ mitteilt, muß sie ihre Morgenausgabe nunmehr einstellen; sie scheint nur noch als Abendzeitung.

Der Gefangenentwurf über die Hilfsmittel für die Presse kommt nicht vom Fleck. Er liegt zurzeit beim Reichsrat, der für den zuständigen Ausschuss überwiesen hat. Dieser soll am Sonntagabend über ihn beraten. Wenn die endgültige Entscheidung im Reichsrat erfolgt, ist nicht abzusehen. Immer öfter und heftiger tritt hervor, daß mächtige Interessengruppen am Werk sind. Die Vorgänge zu verfolgen. Man rechnet damit, daß der Reichstag nur noch kurze Zeit beisammen gehalten werden kann und will die Verlage bis zum Herbst verschleppen, womit natürlich das Schicksal von weiteren Hunderten deutscher Zeitungen befestigt wäre. Die heutige Zeit dünkt den Kapitalisten geeignet, im Großbetriebe den Kleinbetrieb durch die Arbeit zu ersetzen. So sollen die Heimen

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Übersetzung des Maxim Gorki. Herausgegeben von der „Freiheit“ 1918 ab Wilhelm G. Co., Berlin. (100. Fortsetzung.)

„Sie sind mir böse, die Sonderlinge,“ meinte er verwundert. „Ich würde ja herzlich gern zahlen, wenn ich nur Geld hätte!“

Zuweilen sah er eine lange Zeit in sich gefehrt da und sah und hörte nicht, was um ihn herum geschah. Mit einemmal nahm sein eckiges Gesicht einen weichen Ausdruck an, und die gutmütigen Augen blickten noch gutmütiger.

„Was bist du so vertieft, Kamerad?“ fragte ihn irgend jemand.

„Ich dachte, wenn ich so reich wäre, ach — da wolle ich mir eine richtige vornehme Dame zur Frau nehmen, ein wirkliches Edelweisslein, bei Gott, eine Oberstentochter zum Beispiel, und die wolle ich lieben — o Himmel! Bei lebendigem Leibe wolle ich vor ihren Augen verbrennen... Ich hab' nämlich mal, wißt ihr, bei einem Obersten das Dach der Villa ausgedehert...“

„Und der hatte eine Tochter, die Witwe war... hast uns die Geschichte schon erzählt...“, fiel ihm Peter unfreundlich ins Wort.

Doch Jesimuschka ließ sich nicht abschrecken, sondern rief sich mit den Handflächen die Knie, bewegte seinen Buckel vorwärts und rückwärts und fuhr in seiner verärgerten Schreierung fort:

„Wenn sie manchmal in den Garten kam, ganz in Weiß, und so vornehm und stolz, da guck' ich vom Dach nach ihr hin und dachte: Was brauch' ich die Sonne und die ganze weite Welt, wenn so eine meine Frau wird? Wie ein Zauberich hätte ich zu ihren Füßen niederlegen mögen: Ach du Zudersüße, du mein himmelblaues Blümchen! Mit solch einer vornehmen Dame könnt' ich mir das ganze Leben lang Nacht sein...“

„Und was würdest du frechen?“ fragte Peter ihn rauh, doch das machte Jesimuschka durchaus keine Sorgen.

„Du Heber Gott,“ rief er aus, „was würden wir denn viel brauchen? Und überdies ist sie ja reich...“

„Du wirst ihren Reichtum rasch klein kriegen, Berschwender!“ bemerkte Ossip lachend.

Die Frauen bildeten für Jesimuschka den einzigen Gesprächsstoff. Seine Arbeitsleistungen waren sehr ungleichmäßig, zuweilen arbeitete er gut und flott, und dann schwang er wieder seinen Holzhammer höchst nachlässig und ließ Säcken im Dache. Ein frischer, junger Geruch, wie von eben gefälltem Holze, ging von ihm aus und vermischte sich mit dem trüben Deldunst, den seine Kleider ausströmten.

Mit Ossip konnte man über alle möglichen Dinge reden, und die Unterhaltung mit ihm war stets interessant, wenn auch seine Neigung zum Spott nie recht erkennen ließ, ob er im Ernst sprach oder scherzte. Grigorij's Lieblingssthema war der liebe Gott. Ich sagte einmal zu ihm, daß es Menschen gäbe, die an Gott nicht glauben.

„Das weiß ich wohl,“ erwiderte er darauf; „schon Adnig David sagt: Der Lor spricht in seinem Herzen: es ist kein Gott. Man kommt aber ohne Gott nicht aus...“

Ossip schien ihm beizusplichten, er meinte: „Nimm dem Petruscha seinen Gott, und er stiehlt dir das Heud vom Leibe.“

„Gott wohnt in allem Fleische,“ sprach Grigorij ernst, in geheimnisvoller Tone, während er mit den Fingern seiner Rechten, an deren Nägeln noch der trodrene Kalk sah, sich durch den langen Bart fuhr. „Das Gewissen und alles Gute in uns ist uns von Gott gegeben.“

„Und die Sünde?“

„Die Sünde stammt aus dem Fleische, vom Satan. Die Sünde ist etwas Außerliches, wie die Pöden. Am meisten sündigt, wer viel an die Sünde denkt. Denk nicht dran, so sündigt du nicht. Die sündigen Gedanken flüstert Satan, der Vater des Fleisches, dem Menschen ein...“

Der Maurer Petruscha äußert keinen Zweifel daran, daß die Sache sich so verhalte.

„Doch, doch, so ist es,“ meinte der Stoffateur. „Gott ist ohne Sünde, und der Mensch ist das Bild und Ebenbild Gottes. Als Bild, das heißt als Fleisch, sündigt er, als Ebenbild aber vermag er nicht zu sündigen, denn das Ebenbild ist Geist...“

Er lächelt überlegen, Petruscha aber brummt:

„Es will mir doch nicht recht ein...“

„Du meinst,“ warf Ossip ein, „man müsse sündigen.“

„um Buße tun zu können? Und Buße müßte man tun, um Gnade zu finden?“

„So scheint es mir richtiger,“ versetzte der Maurer. „Wer den Teufel vergißt, wird auch Gott nicht lieben, pflegten unsre Väter zu sagen...“

„Schlimm ist kein Trinker, von zwei Mädchen wird er schon verauscht. Dann wird sein Gesicht ganz rot, seine Augen blicken kindlich, seine Stimme klingt.“

„Ach, Brüder, wie schön ist doch alles! Wir leben, arbeiten ein bißchen, sind, Gott sei Dank, satt — ach, wie schön ist das!“

Er brach in Tränen aus, die ihm in den Bart niederrannen und auf dem seidnen Haar wie Glasperlen schimmerten.

Dieses ewige Loblied auf das Leben und diese Tränen verführten mich unangenehm. Auch meine Großmutter ließ sich oft lobpreisend über das Leben vernehmen, aber sie tat das aufrichtiger, einfacher, nicht in so aufdringlicher Weise.

Alle diese Gespräche hielten mich in beständiger Spannung und Unruhe. Ich hatte schon viele Erzählungen gelesen, die in Bauernkreisen spielten, und sah nun, wie sehr sich die Bauern der Bücher von den wirklichen Bauern unterrichteten. In den Büchern sind alle Bauern unglücklich; mögen sie gut oder böse sein — an Worten und Gedanken sind sie ärmer als die wirklichen Bauern. Der Bauer im Buche spricht weniger von Gott, von den Kirchenjungen, und dafür um so mehr von der Obrigkeit, vom Acker, von der Gerechtigkeit und den Mühsalen des Lebens. Auch von den Frauen spricht er weniger, und nicht so roh, mehr freundschaftlich. Für den wirklichen Bauern ist die Frau ein Zeitvertreib, aber ein gefährlicher Zeitvertreib — er muß auf der Hut sein und alle List anwenden, damit sie ihm nicht über den Kopf wächst und sein ganzes Leben verpuscht. Der Bauer des Buches ist entweder böse oder gut, aus einem Guß sozusagen; die lebendigen Bauern sind weder gut noch böse, dafür aber ungemein interessant. So frei und offen der wirkliche Bauer sich auch vor dir ausspricht, du hast stets das Gefühl, daß er noch etwas für sich behalten hat, und daß dieser unausgesprochene, verheimlichte Rest, den er für sich behält, vielleicht gerade der Kern seines Lebens ist.

(Fortsetzung folgt.)

Zeichnungen als Opfer fallen. Wird die Arbeiterpresse daneben vernichtet oder geschwächt, so ist das für die um Seines noch eine angenehme Bekräftigung. So schreie die „Frankfurter Ztg.“: „Gefahren ist bisher nicht das geringste. Die Fabrikantenverbände können ihre Herstellung-, Ausführ- und Preispolitik nach Wunsch treiben, es besteht immer eine „Technische Unmöglichkeit“, an den Verhältnissen etwas zu ändern. Die Presse verkantet gewöhnlich, daß sich bei Maßnahmen zur Preisfestsetzung Schwierigkeiten ergeben und radikale Erfolge kaum erzielt werden können. Die Dinge liegen aber gerade in der Papierfrage wesentlich einfacher als auf anderen Gebieten, und es hat nur zu sehr den Anschein, daß hier die Schwierigkeiten und die „Technische Unmöglichkeit“ nicht so sehr in der Sache selbst beruhen, als in den Personen.

Die „Frankfurter Zeitung“ beschäftigt also durchaus unsere bisherigen Vermutungen. Es wäre dringend zu wünschen, daß es hier nicht bei unklaren Andeutungen bleibt, sondern rund heraus gesagt wird, welche Personen es sind, die immer Schwierigkeiten bereiten, um durch Sabotage ihre politischen und Verdienstinteressen wahrzunehmen.

Die Front der Brotwucherer

Die lange schleichende Regierungskrise ist über Nacht in ihr akutestes Stadium gerückt. Ihre unmittelbaren Ursachen liegen in keinem Zusammenhang mit der Moralität an Rathenau, auch nicht mit den Forderungen der sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften. Die Krise hat sich vielmehr entzündet an der Frage der Preisfestsetzung für das der Umlage unterstehende Getreide. Gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien hat der Volkswirtschaftliche Ausschuß den Preis für die Tonne Weizen auf 8800, für die Tonne Roggen auf 8000 Mark festgesetzt. Praktische Folge dieser Regelung wäre eine Verdoppelung des Brotpreises. Verharren die Rechtssozialisten in ihrer bisherigen Ablehnung, dann bröckelt auch der letzte, die Koalition bindende Akt ab und es verbleibt keine andere Lösungsmöglichkeit der parlamentarischen Krise als die Auflösung des Reichstags, da in diesem Augenblick eine sich vorwiegend auf die Rechtsparteien stützende Regierung ganz undenkbar und unmöglich ist. Aber auch wenn im letzten Augenblick Zentrum und Demokraten einer Regelung der Preisfrage auf der Grundlage der rechtssozialistischen Forderungen zustimmen würden, wäre die Regierungskrise nicht überwunden. Die SPD. hat sich zu den gemeinsamen Forderungen der Arbeiterschaft verpflichtet, aber schon heute dürfte außer Frage sein, daß sich weder Zentrum noch Demokraten auf den Boden dieser Forderungen stellen werden. Es ist deshalb mit der Auflösung des Reichstags zu rechnen.

Genosse Breitscheid gegen Kloth

Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II begann gestern Nachmittag unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hartmann ein Beleidigungsprozess, den unser Genosse, Reichstagsabgeordneter Dr. Rudolf Breitscheid gegen den Generalsekretär der Deutschen Volkspartei Emil Kloth angestrengt hatte. Der Beklagte hatte am 23. Oktober vorigen Jahres in der in Offen erscheinenden Zeitschrift „Das freie Wort“ einen Artikel veröffentlicht, der die Ueberschrift trug: „Von neuen Majestäten“, und in dem Genosse Breitscheid der verstoßte Vorwurf gemacht wurde, daß er für seine politische Tätigkeit aus Ententetriefen Geldzuwendungen erhalte.

Zu Beginn der gestrigen Verhandlung regte Landgerichtsdirektor Hartmann an, die Angelegenheit nicht vor der Strafkammer, sondern vor dem Staatsgerichtshof auszutragen, da nach den neuen Bestimmungen zum Schutze der Republik bei beratenden Beschlüssen der Staatsgerichtshof zuständig sei. Der Vorsitzende des Besagten, Rechtsanwalt Kissberg, stellte sich gleichfalls auf den Standpunkt, daß der Staatsgerichtshof zuständig sei.

Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Rosenfeld als Verteidiger des Klägers erklärte gleichfalls, daß seiner Ansicht nach für die Frage, ob die Unabhängige Partei im allgemeinen und Dr. Breitscheid im besonderen Gelder aus Ententetriefen bezogen habe, der Staatsgerichtshof zuständig sei. Seinem Mandanten sei es jedoch willkommen, auch vor der Strafkammer zu verhandeln, da er sich vor allen Dingen von dem Vorwurf reinigen wolle, er habe, um mit den Worten des Beklagten zu sprechen

„um ein schönes Stück Geld zu verdienen, gewisse Veröffentlichungen gegen besondere Zuwendungen gemacht. Man müsse feststellen, daß durch diese Beleidigungen, die in der Form roh und verächtlich seien, jene Atmosphäre geschaffen werde, die politische Verbrechen schaffe.

Dr. Breitscheid liege nichts an einer persönlichen Bekräftigung des Beklagten. Er wünsche nur in aller Öffentlichkeit festzustellen, daß weder seine Partei, noch er selbst irgendwelche Gelder von französischer Seite genommen hätten.

Das Gericht zog sich daraufhin zurück, um zu beraten, ob der Staatsgerichtshof oder die Kammer für die Entscheidung des vorliegenden Falles zuständig sei. Nach längerer Beratung beschloß die Kammer, den Prozeß dem Staatsgerichtshof zu überweisen. Der Vorsitzende begründete den Beschluß damit, daß es sich um ein Mitglied einer früheren Regierung handele, das beleidigt worden sei, so daß die Beleidigung eine öffentliche sei, und daß infolgedessen die Beleidigung unter § 13 der Verordnung zum Schutze der Republik falle.

Rein Engel ist so rein

Leipzig, den 29. Juni

Am heutigen zweiten Verhandlungstage gegen den Arzt Dr. Michelsen vor dem Reichsgericht wurde eine Reihe Zeugen vernommen, die allesamt von den Zuständen der Bazarette, die dem Angeklagten Michelsen in dem besagten Gebiet Frankreichs unterhandelt den besten Eindruck gewonnen hatten und an der Tätigkeit Michelsens nichts anzuklagen hatten.

Zur Nachahmung empfohlen

Die sozialistische Mehrheit des Stadtrates in Nürnberg hat gegen die bürgerlichen Stimmen die Umbenennung des Hindenburgplatzes in Rathenauplatz sowie die Entzerrung der Hindenburg- und Ludendorffbilder aus den städtischen Amtsräumen beschlossen. Fast einstimmig beschloß der Stadtrat, die Landesregierung zu ersuchen, mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung der von der Reichsregierung zum Schutze der Republik erlassenen Maßnahmen Sorge zu tragen und gemeinsam mit der Reichsregierung die hierfür erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Staatsberatungen im Rathause

Nachruf für Rathenau — Weiterführung der Staatsberatungen

Die gestrige ordentliche Sitzung der Berliner Stadtverordneten eröffnete der Vorsitzende D. Caspari mit einem Nachruf für den ermordeten Außenminister Dr. Rathenau.

H. a. führte der Vorsitzende aus:

Ich habe unsere Sitzung, die ich auf vorigen Dienstag anberaumt hatte, nicht nur deshalb ablagern lassen, weil sie aus äußeren Gründen nicht hätte stattfinden können, sondern zum Gedenken an den Mann, der um dieselbe Zeit, als wir uns hier versammeln wollten, zur letzten Ruhe bekräftigt wurde, aus einem Leben der Arbeit jah hinweggerissen durch Mordertugeln. Ein Sohn unserer Stadt, dessen Namen und Wirken aufs engste verbunden war mit einer der größten Unternehmungen, die hier heimisch sind, ein Mann, der es durch seine Tätigkeit verstanden hat, sich das Vertrauen der weitesten Kreise des In- und Auslandes zu verschaffen, ist aus dem Leben gerufen worden durch jenen Ueberfall, durch hinterlistige Morderschüsse. Tiefe Trauer bewegt uns um den Dahingeschiedenen, tiefes, heraldisches Mitleid empfinden wir mit den Angehörigen, denen er entrissen worden ist. Aber die Trauer wird überwältigt durch das Gefühl des Abscheus vor der eusechlichen Tat. Welcher Tiefstand eines Volkes, wenn in die Politik der Nord eingreift. Ich meine, gerade in dieser Zeit tieferer Not müßten alle die zusammenstehen, denen es ernst ist, auf dem Boden der nun gegebenen Verhältnisse zusammenzugehen, daß wir wieder herauskommen aus der Not und aus dem Elend, in dem wir jetzt sind.

Mit dieser Trauer verbindet sich eine andere, eine um viele Angehörige unserer Stadt, besonders Angehörige des Arbeiterstandes, die ein

juristisches Unglück auf der Stadtbahn

plötzlich aus dem Leben gerissen hat, als sie von ihrer Arbeit heimkehrten. Wir alle empfinden tiefsten Schmerz um die, die aus dem Leben gerissen sind, und wir beklagen ihre Angehörigen, denen der Vater, der Bruder, der Ernährer entrissen ist. Sie haben sich zum Andenken der Toten erhoben. Ich stelle das fest und danke Ihnen.

Während der Rede des Vorsitzenden und im weiteren Verlaufe der Versammlung blieben die Sitze der deutschnationalen Vorstandsmitglieder leer. Sie waren sich wohl darüber klar, daß ihr Erscheinen am Vorstandsitz eine Weitertragung der Versammlung unmöglich gemacht hätte.

Einem Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion, der den Magistrat beauftragte, dafür zu sorgen, daß für sämtliche städtische Gebäude schwarze-rot-goldene Fahnen bereitgestellt werden, wogten die Deutschnationalen nicht zu widersprechen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Rechtsparteien angenommen.

Die Kommunisten hatten ebenfalls einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Dieser Antrag forderte die Entzerrung sämtlicher Wägen der hohenzollern sowie der von Hindenburg und Ludendorff. Die Rechte widersprach der Dringlichkeit, war große Unruhe und Zwischenrufe auf der Linken auslöste.

Ohne Debatte wurde dem Antrage zugestimmt, der den Magistrat beauftragt, zu prüfen, ob die Bevölkerung nicht mit größeren Mengen von Weizenfleisch beliefert werden könne.

Annatal und Böh-See

Man kehrt immer wieder zu seiner alten Liebe zurück. Wohl ein Dutzend Male schon bin ich zum Naturkneipen am Böh-See bei Strausberg gewesen. Die meisten Ausflügler nehmen den kürzesten Weg, gehen vom Staatsbahnhof Strausberg um die Anschließ-Kleinbahn herum und an der Rennbahn vorbei in fast gerader Waldlinie auf das am Böh-See gelegene Wirtshaus „Rottkäppchen“ zu. Das verpöht ein Idyll, wie es zum zweiten Male nicht in der Nähe von Groß-Berlin zu finden ist, das Annatal. Geh vom Staatsbahnhof rechts am Gleis der Kleinbahn entlang zehn Minuten bis zur nächsten Straße, dann diese hinaus bis zur Chaussee. Wenige Schritte weiter findet ein Wegweiser das Annatal mit Pils und Tannengrund. Pils kannst du dir schenken, aber der Tannengrund ist trotz seiner kleinen Fläche sehenswert. Man biegt am Schwanenteich und an der Schneidemühle vorbei zunächst nicht nach links in das Annatal ein, so sehr auch seine sofort sichtbare Schönheit lockt, sondern wendet sich nach rechts und erreicht in 20 Minuten über Berg und Tal den in einer Talnische gelegenen, nur durch einen schmalen Schlupf kenntlichen Tannengrund. Unten mystisches Halbdunkel, tiefe Stille, wie in einem geheimnisvollen Oysterhalm des Altertums. Nur matter Lichtschein dringt durch die dichten Wipfel. Früheinst sieht man sich schon um, beschleunigt den Schritt, klettert den Abhang hinauf und steht anstehend wieder in lagender Sonne, vor dem hübschen Wäldchen der Neuen Mühle. Zurück zum Annatal. Pilschkeit und Romanik vereinen sich. Rechts der Hochwald, links Landhaus an Landhaus, dazwischen wild zerklüftet, von mächtigen Erlen überschattet, das Mühlenfließ und über dieses hinwegführend in jüngerer Folge mindestens zehn kleine Holzbrücken, der Zugang zu den Willengärten mit Latten, Draht und Eisenschneidern sperrend. Eine Schutzwehr der Besigenden, für Phantasiebegabte eine Wasserfestung, ein Klein-Venedig im Walde. So endet das Annatal nach einer knappen halben Stunde bei Schlagmühle, am feerofengeschmückten Mühlfließ, dem von neuzeitlichen Komfort und Klimbin noch unberührten reizendsten Waldwirtschhaus der ganzen Strausberger Gegend. Nach der Nacht links ab zur Chaussee. Dann durch einen kurzen Waldweg zur parallel laufenden Gogersdorfer Chaussee, die rückwärts bald zum See führt. Zwei Stunden mehr sind abgelaufen, aber sie waren wunderschön.

Der Zugang zum See an der Chausseespitze ist leider durch Häuser und Gärten verrammelt. Fränkeln Rottkäppchen ist geschäftstüchtig und läßt nach dem Wald nur Gänge durch, die als verlapptes Eintrittsgeld wenigstens fünf Papiermeter für ein Glas Bier erlegen. Ein Stück weiter ist der „Hungere Wäld“ ohne solchen Geldzwang schon liebenswürdiger. Er läßt sich zwar ebenfalls an: „Durchgang nach dem Wald nur meinen Gästen gestattet“, kann es aber

Die Versammlung trat dann in die Beratung der Mantelkarife für die städtischen Arbeiter und Angestellten

ein. Herrn Viktor Koch (Dn.) sind die Löhne der Jugendlichen zu hoch. Er forderte für die Vorarbeiter das Angestelltenverhältnis. Die Vorarbeiter seien mit diesem Verhältnisse zur Deutschnationalen Fraktion gekommen, weil sie bei der Linken kein Verbands gefunden hätten. Auf Zwischenrufe von der Linken, doch Namen zu nennen, erwiderte Koch, daß er diese Leute nicht dem Terror der Betriebsräte aussetzen wolle. (Großer Lärm links und Zurufe, wie: Ihr seid die Terroristen und Mörder!) Genosse Zeitmer stellte unter Beifall fest, daß solche Leute, die zu Viktor Koch gingen, in städtischen Betrieben nichts zu suchen hätten. Dem Schiedsspruch und den Mantelkarifen stimmten die USP. zu.

Nach weiterer Aussprache wurde die Abstimmung ausgeführt. Bei der um 7 Uhr stattgefundenen Abstimmung wurden Schiedsspruch und Mantelkarife gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien angenommen.

Es wurde alsdann in die Weiterberatung des Etats der Stadt Berlin

eingetreten. Zur geforderten erneuten Erhöhung des Wasser- und Elektrizitätspreises erklärte Genosse Dr. Wenl, daß sich über die Erhöhung des Wasserpreises reden ließe, wenn nachgewiesen würde, daß die Kosten entsprechend gekiegen seien. Eine Erhöhung des Elektrizitätspreises lehnte die USP. rundweg ab. Die städtischen Werke seien nicht dazu da, daß auf Kosten der Bevölkerung exorbitante Ueberschüsse aus ihnen erzielt würden, wie es bei den Elektrizitätswerken bereits der Fall sei.

Bei der Beratung des Forsetats wandte sich Genosse Glajus energisch gegen eine weitere Abholzung in den städtischen Forsten. Er kritisierte scharf die miserable Bezahlung der Forstarbeiter. Von der Berliner Bevölkerung forderte er, daß sie mehr als bisher die Wälder achte und schütze und nicht als Schuttabladeplatz für Stullenpapier usw. betrachte.

Die Art der Bewirtschaftung der städtischen Wälder durch die Wälderverwaltung bezeichnete unser Redner als einen Standal. Zum Etat der Wälder werde unsere Fraktion noch ausführlich Stellung nehmen.

Bei der Beratung des Etats der Straßenbahn erklärte Genosse Reuter, daß die Unabhängige Fraktion die geforderten 400 Millionen Mark zur Renovierung der Straßenbahn ablehnen müsse, da der Antrag in dieser Form nur einen Druck ausüben soll zur Verpachtung der städtischen Wälder.

Unter lebhafter Unruhe im ganzen Hause wurde dann über einzelne Etatpositionen abgestimmt. Beschlüsse wurden gegen die Stimme des Faktors Koch, daß der Magistrat auf die Reichsregierung einwirken soll, daß durch eine Getreidemenge das für die städtische Bevölkerung notwendige Brotgetreide sichergestellt wird. Für die Sozialfrage in den städt. Anstalten wurden 200 000 M. bewilligt. 500 Angestellte in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken sollen zu Beamten ernannt werden. Aus dem Etat zur Schaffung von neuen Beamtenstellen wurden 80 Millionen Mark getrieben, aus dem Etat des Jugendamtes 15 Millionen Mark. Die Aufhebung der Beschlechtskrankensstation in der Krebsstraße wurde abgelehnt.

Für die Berliner Volks-Hochschule forderte Genosse Dr. Löwenstein die Erhöhung des Zuschusses auf eine Million Mark. Die bürgerliche Mehrheit im Ausschuss hat bekanntlich 400 000 Mark des geforderten Zuschusses gestrichen. Die Abstimmung über den Punkt wurde vertagt. Schluß der Verhandlung gegen 9 Uhr.

Schwer kontrollieren und nimmt es vernünftigerweise auch nicht so genau. Seid dem „Wol“ gefällig, Ausflügler, damit er nicht deht, verhandelt nicht an Baum und Strauch, an der schaukelnden Hängebrücke über silberklarem Mühlbach. Ach... der Böh! Mit durchsichtig hellen Fluten. Langgeiricht, an selten abwechselungsreichen Ufern. Diefach dichtes Gehölz, losender Moorboden, prochtvolle Schmetterlinge. Am Ende wieder eine idyllische rauschende Mühle. Auch der Wald auf der anderen Seeseite ist herrlich, läuft aber bei der Mitte des Sees in nicht passierbaren Bruch aus. Wohl oder übel also zurück zu Fuß oder mit dem Motorboot über den See, wenn es gerade Lust hat, zu fahren. Der unverfälschte Waldweg dicht hinter dem „Hungere Wäld“ führt dich in einer Stunde über die schöne Gogersdorfer Mühle wieder nach dem Staatsbahnhof. Wie ist es doch, wenn man die richtigen Touren wählt und nicht gar zu sehr das Hausen läßt, köstlich in der üppigen Märchenwelt der „sandigen Mark“!

Ferenspiele für Schulkinder

In der Zeit vom 10. Juli bis 2. August 1923 wird das Jugendamt der Stadt Berlin auf den Augenspielflächen werklägliche Ferenspiele für Schulkinder abhalten. Sammelplätze der Kinder sind folgende Schulhöfe:

1. Für Spielplatz Grünwald: Berlin: Lefschowstr. 26, Dersingstr. 18a, Culmstr. 15, Tempelhofer Ufer 20, Charlottenburg: Sophie-Charlotte-Str. 69/70, Krumme Str. 10, Joachimshaler Str. 11/12, Kaiserin-Augusta-Allee, Bilmersdorf: Gieselerstr. 17, Spandau: Mauertstr. 10, Gieselerstr. 15, Lichterfelde-West: Rastanierstr. 7, Pantkoy: Jochenstr. 2, Spielplatz, Tegel: Berlin: Hannoverstr. 20, Stephansstraße 3, Diederstr. 30, Müllerstr. 48, Schönigstr. 17, Bremer Str. 12/17, Turmstr. 75, Alt Roabit 23, Müllerstraße 158, Reinholdstr.: Rindauer Str., Augusta-Viktoria-Allee, Eichhornstr. Wittenau: Sommerfelder Str. 8, Spielplatz, Blankenfelde I: Berlin: Reibelstr. 31, Prenzlauer Allee 27, Vakterstr. 5, Senefelder Str. 6, Greifenhagener Straße 20, Pankow: Grunowstr., Kaiser-Friedrich-Str., Niederschönhausen: Nordend, Rosenthaler Weg, Kottbuscher Str. 4, Spielplatz, Blankenfelde II: Berlin: Gipsstr. 2a, Stralander Str. 54, Christianstr. 36, Sonnenbühler Str. 2, Oberberger Str. 57, Rosenthal: Rastanienallee, 3, Spielplatz, Buch: Berlin: Reffelstr. 34, Gartenstr. 107a, Putzstr. Str. 3, Schuler 99, Pantkoy 20, Pringelallee 8, Driesener Str. 22, 6, Spielplatz, Barmen: Berlin: Memeler Str. 24, Große Frankfurter Str. 28, Friedenstr. 31, Olivaer Str. 29, Strammannstr. 6, Petersburger Str. 4, 7, Spielplatz, Hohenschönhausen: Berlin: Gausburgstr., Jellestr. 12, Veltensdorferstr. 20, Weidenice: Wörthstraße, Lichtenberg: Adlerplatz, 8, Spielplatz, Blankenfelde: Berlin: Gieselerstr. 7, Diefenbacher 60, Wilmstr. 10, Alte Jakobstr. 127, Priber Str. 17, Reichnberger Str. 181, Görtiger Str. 51, Stralau-Rummelsburg: Leipzig: Riefholstr. 274, Niederschöneweide: Berliner Str. 31, Johanns-

thal: Wilhelmstr. 5. Mariendorf: Ede Kurfürstent. Tempelhof: Bahnhof Nordseite. 9. Spielplatz, Buhlbeide: Berlin: Köpenicker Straße 125, Mariannen-Ufer 19, Köpenicker Straße 3, Götterstr. 61, Lange Straße 76, Markussstr. 49, Niederwallstr. 67, Lichtenberg: Volkstheater, Oberschöneweide: Krügerstr. 10. Spielplatz, Pferdebusch: Köpenick: Borgmannstr., Vitenriedstr., Amtsstr., Grünau: Bogusdorf, Bahnh. Grünau, Friedrichshagen: Kurparken, Tit-Platze-Adlershof: Süßer Grund am Bahnh. Adlershof, 11. Spielplatz, Köpenick (Neufeld), Reufeld: Bobbinstr., Donaustr., Herabergplatz, Wartheit. Schöneberg: Feurigstr.

Die Kinder müssen sich an den Spieltagen (Werktage) bis spätestens 7 1/2 Uhr vormittags auf einem der vorgenannten Sammelhöfe einfinden. Die Teilnehmer an den Spieltagen haben am Montag jeder Woche einen Wochenbeitrag von 15 M., die 2. Kinder der gleichen Familie 12 M. zu zahlen. Wenn die Spieltage von den Teilnehmern im Frühmorgens erreicht werden können, haben die 1. Kinder 10 M. und die 2. Kinder einer Familie 6 M. zu entrichten. Die 3. und weiteren Kinder derselben Familie sind frei. Die Beiträge werden durch die Leiter und Leiterinnen der einzelnen Abteilungen vor dem Abmarsch auf den Sammelhöfen eingezogen.

Eine Rundgebung der Schulreformer.

Der Vorstand des Bundes entschiedener Schulreformer Bezirksverband Groß-Berlin und die am 26. Juni verfallende Jungeljährerschaft des Bundes rufen alle Deutschen, alte wie junge, die im deutschen Volke als einem Kulturvolk, einem beispielhaften Träger menschlicher Sittlichkeit zu leben und zu wirken wünschen, auf, mit ihnen sich zur Abwehr, zur Aufmerksamkeit der jetzt die deutschen Lande verfeuchenden Korruption und Vorkorruption zu vereinigen. Der Bund entschiedener Schulreformer hat seit Jahren vergeblich, doch immer erneut die unverantwortliche Schwäche, die verhängnisvollen Fehler und Unzulänglichkeiten der Regierungen, insbesondere der Bildungs- und Unterrichtsministerien in deutschen Ländern getadelt. Er weiß angesichts der jüngsten verbrecherischen Mordtat die deutsche Öffentlichkeit, soweit sie nicht durch Vandalengrauel und Sportmilitarismus ihr Gewissen erstickt hat, hin auf die verheerenden Folgen, die die ununterbrochen, ja immer bester und raffinierter fortgeschrittenen nationalpolitischen und tropismilitarischen Jugenderschulung haben muß. Die sportliche Trunksucht ist aufs Engste verbunden mit militaristischer Disziplinierung, die Schul- und Jugendseite sind alles andere als „republikanisch“. Die entschiedenen Schulreformer verlangen, daß die deutschen Regierungen und die völkischstaatlichen Parteien endlich begreifen, daß ein Volkstaat nicht von höheren Schulen getragen werden kann, die zum allergrößten Teile monarchistisch geistig erfüllt, die die Gesinnung der Fronde, der Volkverachtung und der Völkerverhöhnung in der Jugendpflege. Das widerwärtige deutsche Volk hat kein Interesse daran, Milliarden als Liebesgabe den Kindern solcher Schichten zu schenken, die den deutschen Volkstaat bekämpfen. Die entschiedenen Schulreformer fordern, daß man endlich zerfallen lasse, was dafür reif ist und daß man einen Aufbau produktiven Bildungswesens, in dem jedes Kind des Volkes zu seiner Ausbildung gelangen kann, in dem geistige, werksfähige und künstlerische Veranlagungen gleichberechtigt sind, wenigstens beginnt. Keine Veröhnung mit den unzulässigen Vorzügen aller Besitz- und Berufsbildungsvorzüge ist möglich, keine deutsche Volksgemeinschaft ohne den rückwärtsigen Willen zu wahrhafter Volkseinheit! Deutsche Jugend, du kämpfe für deine Zukunft! Erober dir dein Vaterland gegen Wahnprediger, Hochverleumdung, Bräutigamer und Privilegiensüßler! Deutscher, Kamerad, Hilfer, Stöcker, Koch.

Regatta der Arbeiterrudere.

Nieder ruft der Arbeiterrudersport seine Getreuen auf, durch Besuch der Regatta des Freien Ruderbundes am Sonntag, dem 2. Juli, nachmittags 2 Uhr, für die Arbeiterruderei einzutreten und Kenntnis zu nehmen von der sportlichen Leistungsfähigkeit innerhalb derselben. Wenn die Arbeiterruderei auch nicht gleiche Leistungen bieten können, wie etwa die Kampfsportler, die von einem ungleich größeren Kreise getragen würden, so gibt es dennoch genügend spannende Kämpfe auch ohne „Kaiservierer“. Man kann wohl sagen, daß die Arbeiterruderei Berlins auf dem richtigen Wege sind, die Sache des Arbeitersports zu fördern, indem sie sich bemühen, in bezug auf Organisation und sportliche Leistungen Gütes zu leisten, und man hat dort erkannt, daß durch radikale Phrasen kein Aufschwung zu erzielen ist. Ganz außerordentlich stark war daher der Janus zu den Berliner Vereinen des Freien Ruderbundes, und leider viel zu lange mühten die Mitgliederklagen gesperrt werden. Gewiß, ein großer Teil der organisierten Arbeiter gehört noch den Vereinen des Deutschen Ruderverbandes an, die in dem internationalen oder bestenfalls demokratischem Sinne geleitet werden, aber ein Aufschwung der Arbeiterruderei besonders in bezug auf inneren Organisation und organisatorischen Ausbau ist unverkennbar. Richt Selbstweid ist die Regatta des Freien Ruderbundes, sondern sie soll Zeugnis ablegen von dem Stande der Arbeiterruderei und den Sportgenossen Gelegenheit geben, ihre Kräfte in friedlichen Wettkämpfen zu messen. Die diesjährige Regatta, die wieder vor den Tribünen des Berliner Regattaverbands in Grünau stattfindet, verspricht ganz besonders interessant zu werden, da außer den zahlreichen Berliner Rudern auch solche aus Breslau, Cassel, Hamburg und Hannover vorliegen. Die Arbeiter-Segelvereine werden ihre festlich geschmückten Boote längs der Regattabahn verankern, so daß sich dem Auge ein farbenreiches Bild darbieten wird. Eine Musikkapelle wird durch ihre Weisen die Pausen verkürzen helfen, und daß die Sonne am dem 2. Juli die Arbeiterruderei nicht im Stich läßt, ist einfach — selbstverständlich. Karten sind im Vorverkauf bei den Sportgenossen und den durch Plakate kenntlich gemachten Stellen zu haben.

An unsere Spandauer Abonnenten.

Da die dortige Ausgabezeit mit dem 1. Juli aufgehoben wird, ersuchen wir unsere Leser, die „Freiheit“ sofort bei der Post zu bestellen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt. Der Verlag.

Ausbau eines Krematoriums.

Der Ausschuss über die Nachbewilligung von Mehrkosten in Höhe von rund 12 1/2 Millionen M. für den Ausbau der zweiten Feuerbestattungsanlage an der Dieckmeyer- und Matthisstraße tagte am Sonnabend. Der Registrator war durch den Geh. Baurat Dr. Ludwig Hoffmann und Baurat Magdorch vertreten. Die Sachverhalte der Bauausführung lagen zum Teil in Lohnvertragsform, mangelhafter Zementlieferung und den kritischen Höhenlagen des Friedhofes. Die Erdarbeiten lagen teils höher und mühten unterfahren werden, teils niedriger und mühten dann durch Mauern gesichert werden. Das Krematorium erhält drei Oefen, ist rund und mit einem sehr aufwendigen Dach gekrönt. Am Eingang wird ein eingeschossiges Haus die Leidtragenden aufnehmen. Der erste Kostenschlag sah 8 1/2 Millionen Kosten vor, nunmehr kostet die Anlage etwa 21 Millionen M. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

8. Verwaltungsbereich (Wilmerdorf, Schmögen, Grunewald). Die Einäscherung des Genossen Plaar findet Sonnabend, den 1. Juli 1922, mittags 11 Uhr, Krematorium Wilmerdorf, Berliner Str. 100, um rege Beteiligung ersucht der Vorstand.

Aus der sozialistischen Abstinenzbewegung. Es ist nur zu natürlich, wenn in den letzten Jahren der Alkoholismus auch im Proletariat wieder zugenommen hat. Die Unwissenheit mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen erzeugen in ihnen immer wieder das Verlangen nach Aufbebung und Befreiung niederdrückender Gefühle. Daß der Alkohol der Tröster, der Stimmungsmacher ist, hängt nicht bloß von den heute herrschenden Erbschaftsverhältnissen und der geistigen Einstellung der Menschen ab, — dafür sorgt besonders das Alkoholkapital, das durch eine eben so geschickte, wie skrupellose Propaganda die unvernünftigen Vorurteile über den Wert des Alkohols nährt und zum Trinken immer wieder anreizt. Es ist selbstverständlich, daß die organisierte Arbeiterschaft jenen Tendenzen zur Steigerung des Alkoholverbrauches in ihrem eigenen Interesse mit aller Kraft entgegenwirken muß. Bisher hat der Arbeiter-Abstinenz-Bund auf diesem Gebiete wichtige Pionierarbeit geleistet. Die Geschäftsstellen des Bundes (Berlin SO. 10, Engelauer 20) schreibt uns: Von den Ortsgruppen des Bundes sind in den letzten 1 1/2 Jahren ungefähr eine halbe Million Flugblätter verteilt und mehrere hundert Vorträge gehalten worden. Kläglich gescheitert ist der Spaltungsversuch, den kürzlich ein paar trüher führende Mitglieder unternahmen, ohne ihre persönlichen Schmerzen und die später vorgebrachten sachlichen Differenzen innerhalb des Bundes überhaupt zur Sprache gebracht zu haben. Die Organisation hat dieses unverantwortliche Verhalten des Gruppenchefs, das sich „Verband sozialistischer Abstinenzisten“ nennt, einstimmig aufs Schärfste verurteilt. Wie bisher arbeiten im Bunde alle sozialistischen Richtungen einträchtig zusammen, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß gerade heute, wo der Alkoholismus die Arbeiterschaft gesundheitlich, wirtschaftlich und besonders politisch gefährdet, der gemeinsame Kampf aller sozialistischen Alkoholgegner eine dringende Notwendigkeit ist.

Das 9. Städt. Volkskonzert des Hühner-Trüsters findet am Freitag, den 30. d. Mts., abends 8 Uhr in der Brauerei Köpenick, Schönhauser Allee 10-11, unter Leitung von Camillo Hildebrand statt. Programm: 1. Duwetschre zu „Pädria“ von Massenet, 2. Zwischenaktmusik aus „Alois-Munde“ von Fr. Schubert, 3. a) Herbst von Thomas, b) Citara von Dörmann für Harfe. (Solist: Fritz Hartmann.) 4. Die Walden, fuf. Dichtung von Smetana. 5. Duvertüre zu „Wilhelm Tell“ von Rossini, 6. Intermezzo und Barcarole aus „Hoffmanns Erzählungen“ von Liszt, 7. 2 Stücke aus „Rach's Verdamnis“ von D. Verity, 8. Tanz der Irdischen, 9. Ungarischer Marsch, 8. Künstlerleben, Walzer von Joh. Strauß. Karten bei Horst, Engelauer 15, Gese, Dunderstr. 3, Vorwärts, Lindenstr. 2, Orchesterbüro, Pühowstr. 78 und an der Abendkasse.

Mit dem 1. Juli treten neue Fahrpreise im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr, neue Tarife im Vortortverkehr, erhöhte Fernspreckgebühren, erhöhte Robienpreise und andere in Kraft. Im Stadt- und Ringbahnverkehr werden dann erhoben: 3 M. in der 1. Kl. und 1.50 M. in der 2. Kl. für Monatskarten 80 bzw. 120 M., für Schülerkarten 40 und 60 M. und für Wochenkarten 20 M. Im Vortortverkehr werden nur Fahrkarten abgegeben, die zwischen den Endstationen bestimmter Streckenabschnitte gelten und deren Preise 10 Preisklassen umfassen. Die Kinderfahrpreise betragen 3 M. in 1. Kl. Arbeiter-Rückfahrkarten werden künftig im Vortortverkehr nicht mehr abgegeben. Die Zeitkarten gelten künftig allgemein nur für eine Strecke. Für einzelne Stationsverbindungen werden indes besondere Zeitkarten, gültig für mehrere Strecken, abgegeben. Die Postgebühren erhöhen sich auf 75 Pf. für Karten in Berlin und am Fernverkehr auf 1 M., für Briefe in Berlin auf 1 M., im Fernverkehr auf 8 M. Drucksachen kosten 50 Pf. für 20 Gr., 75 Pf. über 20 Gr. bis 50 Gr., 50-100 Gr. 1.50 M. um. Ansichtskarten 50 Pf., wenn 5 Worte zu der Adresse hinzukommen. Pakete 7 M. 15 Pf. in der Kabine, sonst 14 M., Päckchen bis 1 Kg. 6 M.; Postanweisungen bis 100 M. 2 M., Rohrpostkarte 4, der Rohrpostbrief 3 M.

Reutlin und Berlin VI. In der am 9., 10. u. 11. Juli im Rathaus Reutlin stattfindenden Reichsbildungskonferenz der USV. sind eine stattliche Zahl auswärtiger Teilnehmer gemeldet, welche der hohen Unterbringungskosten wegen in Privatquartieren untergebracht werden müssen. Es wird von den Parteigenossen Reutlin und des Reichlichen Berlins erwartet, daß sie nach Möglichkeit auswärtige Genossen aufnehmen. Meldungen sind umgehend mit Angabe des Preises und genauer Wohnungsangabe an den Genossen Karl Schneider, Reutlin, Weisstr. 64, zu richten.

Selbstmordversuch des Frauennörders Grohmann. Der in dem Moabit. Untersuchungsgefängnis befindliche Frauennörder Karl Grohmann hat dort in seiner Zelle in der Nacht zum Mittwoch einen Selbstmordversuch unternommen. Grohmann befindet sich dort in der sogenannten Mörderzelle, d. h. in einer besonders eingerichteten Zelle, welche von außen ständig beobachtet werden kann und in der es keinerlei bewacht Gegenstände gibt, mit denen sich der Kellnerinlose itzendweiche Verletzungen beibringen kann. Trotzdem gelang es Grohmann, die Fenster mit Zeitungspapier zu verkleben und dann einen Selbstmordversuch durch Erhängen zu unternehmen, der aber rechtzeitig entzuckt wurde. — Ob die Verhandlung gegen Grohmann am 1. Juli nicht doch noch der Vertagung anheimfallen wird, erscheint sehr fraglich, da vom R. M. Dr. Frey noch in letzter Stunde Professor Dr. Schuster von der Universität Berlin, Professor Dr. Fischer von der Charité und der Sanitätsrat Dr. Friedrich Leppmann als Sachverständige geladen worden sind.

Verlegung unserer Redaktionsräume

Wir teilen hierdurch allen Parteigenossen, Mitarbeitern, Gewerkschaften, Behörden usw. sowie allen Freunden unseres Blattes mit, daß ab 1. Juli d. J. unsere sämtlichen Redaktionsräume sich nicht mehr in der Breite Straße 89, sondern Berlin SW 68, Ritterstraße 75, befinden. Alle Zuschriften bitten wir an die Redaktion der „Freiheit“, Berlin SW 68, Ritterstraße 75, zu richten.

Die Büroräume der Verlagsgenossen (Sachf., Geschäftsleitung, Buchhaltung, Inseratenabteilung und Expedition) sind ab 1. Juli in Berlin SW 40, Kronprinzenufer 27.

Die Redaktion ist telephonisch unter den Nummern Moritzplatz 41 67, 41 91 und 159 97 und Amt Dönhoff 41 90-92 zu erreichen.

Die Verlagsgenossenschaft erhält die Telephonnummer Roabit 20 21.

Gewerkschaftliches

Was die Berliner Betriebsräte fordern

Wir berichteten bereits gestern über die verschiedenen Forderungen der Arbeiterschaft aus dem Reich und den Berliner Großbetrieben, die wir leider aus Raumangel nicht alle abdrucken können. Indessen erscheint uns die Rundgebung der Berliner Betriebsräte besonders wichtig und äußerst wertvoll, um die weiteste Verbreitung zu finden.

Die am 27. Juni 1922 tagende kombinierte Sitzung des Zentralrates und der Gruppenräte der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin nahm nach einer eingehenden und außerordentlich leidenschaftlich geführten Diskussion folgende Entschliebung an:

Die am 27. Juni 1922 tagende Sitzung des Zentralrates und der Gruppenräte der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin stellen im Anschluß an die heutigen nachvollenen Demonstrationen einmütig nachstehende Forderungen auf:

1. Sofortige Reorganisation der Reichswehr, der Polizei, der Justiz, der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden dergehalt, daß alle antirepublikanischen Elemente daraus beseitigt und durch befähigte, zuverlässige Republikaner ersetzt werden, entsprechend dem Bischofser Abkommen von 1920.
2. Sofortige Annahme aller politischen Inhabitionen und Angelegenheiten, die gegen die monarchistische Reaktion gerichtete Handlungen begangen haben.
3. Die sofortige Anklageerhebung gegen alle aktiven Urheber der Reaktion sowie deren Verurteilung und sofortige Ueberführung in Untersuchungshaft.
4. Die politischen Parteien im Verein mit dem ADGB und NSDAP sind verpflichtet, die heutigen Demonstrationen im ganzen Reich nicht als den Abschluß, sondern als den Beginn des entscheidenden Kampfes zur Durchföhrung vorstehender Forderungen zu betrachten und haben die Verpflichtung, unter Einwirkung ihrer gesamten Machtmittel — parlamentarisch und außerparlamentarisch — deren Durchföhrung zu erzwingen. Hierbei verpflichten die Verammelten die 2 Parteien, den ADGB und NSDAP, bei evtl. Weigerung der gegenwärtigen Regierung gemeinschaftlich eine Arbeiterregierung zu bilden und die hieraus resultierenden Wahlen gemeinsamlich zu führen. Sollte bei einer evtl. Weigerung der gegenwärtigen Regierung, die vorgenannten Forderungen zu bewilligen, dieselbe nicht freiwillig zurücktreten, so ist deren Rücktritt zu erzwingen.

Transportarbeiter gegen die Reaktion

Die Delegierten nahmen gestern zum 11. Verbandsstag und den eingegangenen Anträgen Stellung. Die erweiterte Bezirksverwaltung hatte sich bereits eingehend mit den Delegierten in der Vorlage überreichten Anträgen beschäftigt und geeignete Anträge zur Annahme empfohlen. Die Generalversammlung trat im besonderen den Beschlüssen der erweiterten Bezirksverwaltung in allen Anträgen bei. Zwei vorgelegte Resolutionen, von denen sich eine gegen die konterrevolutionären Umtriebe der monarchistischen Parteien richtete, fanden Annahme. Ebenso die zweite Resolution, die auf das entschiedenste gegen die Zerstückung des Facharbeitsnachweises der Wächter des Handels-, Transport- und Verkehrsgebietes protestiert, da verurteilt wird, diesen Teil der Fachgruppe abzutrennen und dem Nachweis für ungelernie Arbeiter zu überföhren. Die Generalversammlung glaubt im Einvernehmen mit den beteiligten Arbeitgebern dafür eintreten zu müssen, daß der Facharbeitsnachweis der Wächter in seiner jetzigen Gestalt erhalten bleibt, da nur so die Gewähr gegeben ist, daß allen berechtigten Anforderungen an die Wächter entsprochen werden kann. Die Deputation für Arbeit und Gewerbe wird daher angefordert, Änderungen in der bisherigen Vermittlung durch den Facharbeitsnachweis nicht eintreten zu lassen, da dies zum Nachteil der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen ausföhren würde.

Mit einem Hinweis auf die neugegründete Volkshilfshöhe und auf die Arbeitgemeinschaft der Kinderfreunde, die beide der weitestgehenden Unterstützung durch die gesamte Arbeiterschaft bedürfen, wird noch auf die am 1. Juli er. stattfindende Absteimmung im Bezirk Wedding für die weltliche Schule hingewiesen und zur lebhaftesten Beteiligung und Propaganda aufgefordert.

Unter dem Gehang der Internationalen verlassen die Delegierten den Saal.

Generallstreik bei Scherl

Die Regelung der Löhne im Buchdruckgewerbe, die in den letzten Tarifverhandlungen nur für den Monat Juni galten, haben sich angesichts der immensen Teuerung für die Berliner Buchdrucker als ungenügend herausgestellt. Es ist deshalb in letzter Zeit in einzelnen betriebswelken Lohnbewegungen im Buchdruckgewerbe gekommen, die teilweise mit Erfolg endeten. In den Betrieben von Scherl wurde eine Lohnforderung von 300 M. eingereicht. Die Belegschaft forderte außerdem die Bezahlung der Generallstreikstunden anlässlich der Demonstration am Dienstag, eine Forderung, die 40 Millionen und Roffe einer bestreikenden Forderung entgegengeführt wurde. Die Geschäftsleitung lehnte die Forderung ab. Der Ausstand der Belegschaft war hierauf die Folge.

Gestern fand nun eine Betriebsversammlung in den Räumlichkeiten statt, die sich mit der Angelegenheit beschäftigte. Das Tarifschiedsgericht und einige Organisationsvertreter hatten lange Unterhandlungen mit der Geschäftsleitung. Der Vorsitzende des Tarifschiedsgerichts, Schlessler, gab eine Erklärung der Geschäftsleitung bekannt, wonach am Sonntag in Bezug der Tarifausföhren zusammenzutreten soll, um über eine generelle Lohnregulierung für den Monat Juni sich schlüssig zu werden. Abstimmen nach unten sollten dann ausgemittelt werden, aber nur, wenn auch hierbei bei Differenzen die Tarifinstanzen zu entscheiden hätten. Die Organisationsvertreter gaben sich die rechtliche Mähe, die Belegschaft zur Wiederannahme der Arbeit zu bewegen, weil nur unter dieser Bedingung der Tarifausföhren am Sonnabend zusammenzutreten werde. Die Diskussionsredner der Belegschaft lehnten aber alle unter dem kärmischen Gehalt der Belegschaft dieses Anknüpfen ab und erklärten nur durch geschlossenen Halt halten an ihrer Forderung letzten Endes auch der Akkordarbeit zu dienen.

